

# Beschlussbuch

Landesdelegiertenkonferenz  
2019.3



JUSOS

HAMBURG

## 1 Neue Richtlinien für die Jusos Hamburg

2  
3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat Folgendes beschlossen und zur  
5 Bestätigung an den SPD Landesvorstand weitergeleitet:  
6

### 7 **Beschlusstext:**

## 8 Richtlinien für die Jusos 9 10 in der SPD Landesorganisation Hamburg 11

### 12 Inhaltsverzeichnis:

- 13  
14  
15 I. Grundsätze, Aufgaben und Organisation (§§ 1 – 4)  
16 II. Gliederungen und Projektgruppen (§§ 5 – 7)  
17 III. Der Landesverband (§§ 9 – 13)  
18 IV. Schlussbestimmungen (§§ 14 – 15)  
19

## 20 Abschnitt I. 21 Grundsätze, Aufgaben und Organisation 22 (§§ 1 – 4) 23

### 24 §1 – Grundsätze

- 25  
26 (1) Die Jusos Hamburg bilden eine Arbeitsgemeinschaft im Sinne des Organisationsstatuts der SPD.  
27 (2) Die Tätigkeit der Jusos Hamburg ist Teil der Parteiarbeit. Organisatorische Grundlage für diese  
28 Tätigkeit sind die 'Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in der  
29 SPD'.  
30 (3) Mitglieder der Jusos Hamburg sind alle Mitglieder der SPD Hamburg, die das 35. Lebensjahr  
31 noch nicht vollendet haben. Werden Mitglieder vor ihrem 35. Geburtstag in Funktionen der  
32 Jusos gewählt, so können sie diese bis zum Ende der Amtsperiode ausüben. Die Mitarbeit von  
33 Personen, die nicht Mitglied der SPD sind, ist nach Maßgabe der Organisationsstatuts der SPD  
34 möglich.  
35 (4) Für alle Wahlen gilt die Wahlordnung der SPD.  
36 (5) In den Richtlinien wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit ausschließlich die weibliche Form  
37 verwendet. Sie bezieht sich auf Personen jeden Geschlechts.  
38

### 39 §2 – Aufgaben

- 40 (1) Die Aufgaben der Jusos Hamburg sind:  
41
  - innerhalb der Jugend für die Ziele der Sozialdemokratie zu wirken,

- 42                   ▪ zur Weiterentwicklung der Europäischen Sozialdemokratie beizutragen,  
43                   ▪ politische Schulungs-, Bildungs- und Informationsarbeit durchzuführen,  
44                   ▪ die Arbeit der SPD im Sinne des Grundsatzprogramms zu unterstützen,  
45                   ▪ politische Aufklärung besonders unter den Jungwählerinnen zu betreiben,  
46                   ▪ durch Kontakte mit anderen Jugendverbänden auf nationaler und internationaler  
47                   Ebene zu Solidarität zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten, Ethnien und  
48                   Kulturen beizutragen.

49

### 50 §3 – Aufbau

- 51           (1) Der organisatorische Aufbau der Jusos Hamburg orientiert sich an dem der SPD Hamburg,  
52           er gliedert sich in Land, Kreise und Juso-Gruppen.  
53           (2) Organe der Jusos Hamburg sind  
54               a. die Landesdelegiertenkonferenz (LDK),  
55               b. der Landesvorstand (LV).

56

### 57 §4 – Übergreifende Regelungen

- 58           (1) Gremien der Jusos Hamburg tagen grundsätzlich juso- und parteiöffentlich. Näheres regelt die  
59           jeweilige Geschäftsordnung.  
60           (2) In allen zu wählenden Gremien der Jusos Hamburg werden jeweils mindestens 40% der Plätze  
61           durch Frauen bzw. Männer besetzt.  
62           (3) Beschlüsse werden durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit diese  
63           Richtlinien nichts anderes bestimmen.  
64           (4) Beschlüsse, die einer qualifizierten Mehrheit bedürfen, bedürfen einer Mehrheit von 2/3 der  
65           abgegebenen Stimmen.  
66           (5) Vorstände sind beschlussfähig, wenn die Mehrheit ihrer Mitglieder erschienen ist. Die  
67           Geschäftsordnungen können Umlaufbeschlüsse vorsehen. Ein Umlaufbeschluss ist gültig, wenn  
68           innerhalb einer von der Geschäftsordnung festzulegenden Frist die Mehrheit der Mitglieder des  
69           Vorstandes teilgenommen hat.

70

71

## **Abschnitt II.**

72

### **Gliederungen und Projektgruppen**

73

#### **(§§ 5 – 7)**

74

### 75 §5 – Juso-Gruppen

- 76           (1) Die organisatorische Grundeinheit ist die Juso-Gruppe. Juso-Gruppen dürfen sich  
77           distriktsübergreifend organisieren. Innerhalb eines SPD-Distriktes dürfen jedoch nicht mehrere  
78           Gruppen bestehen.  
79           (2) Zur Gründung einer Gruppe sind mindestens sieben Mitglieder erforderlich. Die Auflösung einer  
80           Gruppe erfolgt dann, wenn die Zahl der Mitglieder auf der Hauptversammlung drei  
81           unterschreitet.  
82           (3) Die Vollversammlung einer Juso-Gruppe wählt  
83               a. die Gruppenvorsitzende

- 84 b. einer von der Vollversammlung festzulegenden Zahl von stellvertretenden  
85 Gruppenvorsitzenden  
86 c. einer von der Vollversammlung festzulegenden Zahl von Beisitzerinnen,  
87 die zusammen der Gruppenvorstand bilden, sowie  
88 d. die Delegierten für die LDK,  
89 e. ggf. die Delegierten für die Kreisdelegiertenversammlung der Jusos.  
90 (4) Ein Protokoll der Wahl-Jusogruppensitzung mit den Namen der gewählten Delegierten  
91 zusammen mit einer Liste der Anwesenden bei dieser Juso-Gruppensitzung bei der LGF  
92 schnellstmöglich, mindestens jedoch fünf Tage vor der nächsten LDK, einzureichen.  
93 (5) Die Amtszeit der Juso-Gruppenvorstände beträgt 12 Monate ab dem Zeitpunkt der Wahl.  
94 Organisationswahlen sollen spätestens 3 Monate nach Ende der Amtszeit erfolgen.

95

## 96 §6 – Kreisverbände

- 97 (1) Alle Mitglieder innerhalb eines SPD-Kreises bilden einen Juso-Kreisverband. Ihm gehören alle  
98 Juso-Gruppen im Gebiet des Kreisverbandes an.  
99 (2) Die Kreisversammlungen der Jusos Hamburg sind entweder Kreisvollversammlungen oder  
100 Kreisdelegiertenversammlungen. Sie können sich eine Geschäftsordnung geben.  
101 (3) Die Kreisversammlungen wählen einen Kreisvorstand, der  
102 a. aus der Kreisvorsitzenden  
103 b. einer Kreisgeschäftsführerin  
104 c. einer von der Kreisversammlung festzulegenden Zahl von stellvertretenden  
105 Kreisvorsitzenden  
106 d. einer Frauenbeauftragten  
107 e. einer von der Kreisversammlung festzulegenden Zahl von Beisitzerinnen.  
108 besteht. Die Kreisversammlung kann beschließen, dauerhaft auf die Wahl einer  
109 Kreisgeschäftsführerin zu verzichten. Die Wahlprotokolle sind der LGF zuzustellen.  
110 (4) Die Amtszeit der der Kreisvorstände beträgt 12 Monate ab dem Zeitpunkt der Wahl.  
111 Organisationswahlen sollen spätestens 3 Monate nach Ende der Amtszeit erfolgen.  
112 (5) Die Mitglieder der Kreisvorstände führen ihre Geschäfte ehrenamtlich. Sie sind für ihre  
113 ehrenamtliche Tätigkeit von der Haftung für einfache Fahrlässigkeit freigestellt.  
114 (6) Änderungen der Versammlungsform gemäß Absatz 2 und Beschlüsse gemäß Absatz 3 Satz 2  
115 setzen einen Beschluss der Kreisversammlung mit qualifizierter Mehrheit voraus. Ein so  
116 gefasster Beschluss gilt erstmals für die nächste Kreisversammlung bzw. die nächste  
117 Kreisversammlung mit Wahlen.  
118 (7) Kreisverbände die aus nur einer Juso-Gruppe bestehen, übernehmen die Aufgaben der Juso-  
119 Gruppe für ihr Gebiet. Dazu gehört insbesondere auch die Wahl der Delegierten für die LDK (§5  
120 Abs. 4 d.).

121

## 122 §7 – Projektgruppen

123 Der LV betreut die folgenden Projektgruppen: Juso-Schülerinnen Hamburg, die Juso-Azubi-  
124 Gruppe Hamburg, sowie die Juso-Hochschulgruppen aller Hamburger Universitäten.  
125 Organisatorische Grundlage bilden die 'Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeiten der  
126 Arbeitsgemeinschaften in der SPD'.

127 **Abschnitt III.**  
128 **Landesverband**  
129 **(§§ 8 – 13)**

130  
131 **§8 – Die Landesdelegiertenkonferenz**

- 132 (1) Die LDK ist das höchste beschlussfassende Gremium der Jusos Hamburg. Die LDK soll einmal pro  
133 Quartal stattfinden und hat folgende Aufgaben:
- 134 ▪ Wahl und Kontrolle des Landesvorstandes,
  - 135 ▪ Nominierung der Vertreterinnen der Jusos Hamburg im SPD Landesvorstand,
  - 136 ▪ Wahl der Delegierten für den Bundeskongress (BuKo) und den Bundesausschuss (BA)
  - 137 ▪ Festlegung des Corporate Designs der Jusos Hamburg und seiner Gliederungen,
  - 138 ▪ Beschlussfassung über gestellte Anträge.
- 139 (2) Der Landesvorstand hält einmal jährlich einen Rechenschaftsbericht.
- 140 (3) Antragsberechtigt sind die Juso-Gruppen, die Kreise, der LV, sowie die Projektgruppen.
- 141 (4) Die Legitimation der Delegierten prüft eine von der LDK gewählte  
142 Mandatsprüfungskommission. Die LDK ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der  
143 ordnungsgemäß gewählten Delegierten anwesend sind. Ist die LDK beschlussunfähig, ist sie  
144 innerhalb von 3 bis 6 Wochen erneut einzuberufen. Diese LDK ist unabhängig von der Zahl der  
145 anwesenden Delegierten beschlussfähig.
- 146 (5) Die LDK gibt sich eine dauerhafte Geschäftsordnung. Zusätzlich kann sie eine allgemeine  
147 Geschäftsordnung erlassen, die für den LV, alle Kreise, Juso-Gruppen, Projektgruppen und  
148 Arbeitskreise gilt, soweit sie sich keine eigene Geschäftsordnung geben.
- 149 (6) Die LDK wählt ein Präsidium, dass für die unparteiische Leitung der Konferenzen zuständig ist.  
150 Das Präsidium besteht aus drei bis vier Personen, die nicht dem aktuellen LV angehören sollen.

151  
152 **§9 – Zusammensetzung der Landesdelegiertenkonferenz**

- 153 (1) Die LDK besteht aus Delegierten, die jährlich auf Gruppenebene zu wählen sind. Die Anzahl der  
154 Delegierten pro Juso-Gruppe berechnet sich gemäß der Zahl ihrer Mitglieder dividiert durch 40  
155 (Standardrundung), mindestens jedoch eine Delegierte pro Juso-Gruppe.
- 156 (2) Stichtag für die Berechnung des Delegiertenschlüssels ist der 21.Tag vor einer  
157 Landesdelegiertenkonferenz.
- 158 (3) Die Mitglieder des LV nehmen - sofern sie nicht Delegierte sind - ohne Stimmrecht an der LDK  
159 teil.

160  
161 **§10 – Einladung der Landesdelegiertenkonferenz**

- 162 (1) Eine LDK muss auf Beschluss des LV oder auf Antrag von mindestens drei Kreisvorständen  
163 einberufen werden. Der LV legt den Termin fest.
- 164 (2) Sie wird möglichst vier Wochen zuvor per E-Mail/ auf der Internetseite angekündigt, mindestens  
165 14 Tage vorher schriftlich einberufen.
- 166 (3) Der LV setzt für die LDK eine Antragsfrist fest, die mindestens 14 Tage vor Beginn der Konferenz  
167 enden muss. Rechtzeitig beim LV eingegangene Anträge werden den Delegierten zugeleitet. Die  
168 LDK kann die Stellung von Initiativanträgen zulassen. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

## 170 §11 – Antragskommission

171 Um die inhaltliche Arbeit und Antragsberatung auf den Landesdelegiertenkonferenzen zu  
172 verbessern, richten die Jusos Hamburg eine Antragskommission ein. Diese Kommission hat eine  
173 Beratungsfunktion im Vorfeld einer LDK und kein inhaltliches Vorschlagsrechtsrecht. Näheres  
174 über Aufgabenumfang und personelle Zusammensetzung regelt eine von der LDK zu erlassene  
175 Richtlinie, die einer qualifizierten Mehrheit bedarf. Sie darf dabei weitere  
176 Unvereinbarkeiten mit anderen Ämtern oder Aufgaben vorsehen.

## 177 §12 – der Landesvorstand

- 178 (1) Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Jusos Hamburg zuständig, soweit sie nicht durch  
179 diese Richtlinien oder dem SPD-Organisationstatut einem anderen Organ zugewiesen sind.  
180 Dazu gehören insbesondere:  
181
- 182 a. die Einberufung und organisatorische Vorbereitung von LDKen
  - 183 b. die öffentliche Repräsentanz der Jusos Hamburg
  - 184 c. die Anwerbung von Mitgliedern
  - 185 d. die Betreuung der Projektgruppen
  - 186 e. Umsetzung der Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz
- 187 (2) Der geschäftsführende Vorstand besteht aus der Vorsitzenden sowie den stellvertretenden  
188 Vorsitzenden. Die Landesgeschäftsführerin unterstützt den GLV in seiner Arbeit und nimmt an  
189 seinen Sitzungen mit beratender Stimme teil.
- 190 (3) Der Vorstand besteht aus dem geschäftsführenden Vorstand, der Landesgeschäftsführerin, der  
191 Frauenbeauftragten und weiteren von der LDK zu wählenden Jusos (Beisitzerinnen). Der  
192 Landesvorstand setzt sich dabei aus mindestens einem stimmberechtigten Mitglied aus jedem  
193 Kreisverband zusammen. Die Vorsitzenden der Projektgruppen (§7) sowie die Vertreterinnen  
194 der Kreisverbände (Absatz 4) treten beratend hinzu.
- 195 (4) Die Kreisvorstände benennen ein Mitglied aus ihrer Mitte als Kreisvertreter. Beschlüsse über  
196 Änderungen der Vertretung treten mit Übersendung des Beschlussprotokolls an die LGF in Kraft.
- 197 (5) Der LV gibt sich eine Geschäftsordnung. Er setzt Arbeitskreise ein. Er kann Aufgaben an den  
198 geschäftsführenden Vorstand delegieren. Der Vorstand kann besondere, ihm zugewiesene  
199 Aufgaben auch an einzelne Mitglieder des LV übertragen und ist berechtigt, entsprechende  
200 Vollmachten zu erteilen.
- 201 (6) Der LV tritt in der Regel monatlich zusammen. Darüber hinaus auf Wunsch der Vorsitzenden  
202 oder vier anderer LV-Mitglieder. Die Geschäftsführerin hat in grundsätzlichen, ihre (An-)Stellung  
203 betreffenden Angelegenheiten kein Anwesenheits-, Teilnahme-, Rede- oder Stimmrecht.
- 204 (7) Der Vorstand führt die Geschäfte ehrenamtlich. Die Vorstandsmitglieder sind für ihre  
205 ehrenamtliche Tätigkeit von der Haftung für einfache Fahrlässigkeit freigestellt. Die  
206 Geschäftsführerin ist von Satz 1 ausgenommen.

## 207 §13 – Wahl des Landesvorstandes

- 208 (1) Reguläre Vorstandswahlen finden auf der ordentlichen LDK im vierten Quartal eines jeden  
209 Jahres mit ungerader Jahreszahl statt. Die Amtszeiten der dort gewählten dauern vom  
210 Zeitpunkt der Wahl an zwei Jahre. Es gilt die Wahlordnung der SPD.
- 211 (2) Die LDK wählt
- 212 a. eine Landesvorsitzende
- 213

- 214 b. eine von der LDK festzulegenden Zahl von stellvertretenden Landesvorsitzenden  
215 c. eine Landesgeschäftsführerin  
216 d. eine Frauenbeauftragte  
217 e. eine von der LDK festzulegenden Zahl von Beisitzerinnen.
- 218 (3) Scheidet ein Mitglied des LV während der Amtsperiode aus, so hat auf der nächsten LDK, sofern  
219 es sich nicht um eine ordentliche LDK mit Wahl gemäß Absatz 1 handelt, die Nachwahl der nicht  
220 besetzten Vorstandsämter zu erfolgen. Die Amtszeit der dort Gewählten endet mit Ende der  
221 Amtszeit der restlichen Vorstandsmitglieder gemäß Absatz 1. Handelt es sich dabei um die  
222 Landesvorsitzende, so kann der Vorstand eine der stellvertretenden Vorsitzenden für die Dauer  
223 bis zur nächsten LDK für diese Position ernennen.
- 224 (4) Die Landesdelegiertenkonferenz kann dem gesamten LV oder einzelnen Vorstandsmitgliedern  
225 gemäß Absatz 2 per Beschluss mit qualifizierter Mehrheit das Misstrauen aussprechen. Wird  
226 dem Landesvorstand oder einem Mitglied gemäß Satz 1 das Misstrauen ausgesprochen, so  
227 scheiden die betroffenen Mitglieder mit sofortiger Wirkung aus dem LV aus. Ein Beschluss  
228 bedarf eines Antrages der mindestens 14 Tage vor der LDK eingereicht werden muss.  
229 Antragsberechtigt sind 3 Kreisvorstände oder 40% der LDK-Delegierten. Wenn ein Antrag  
230 Abwahl auf der Tagesordnung steht, so müssen auch die gegebenenfalls zu erfolgenden  
231 Nachwahlen auf der Tagesordnung stehen. Absatz 3 Satz 2 findet Anwendung.

232

#### 233 §14 – Antidiskriminierungsstelle

234 Um die Würde und persönliche Integrität aller Mitglieder zu schützen richten die Jusos Hamburg  
235 eine Antidiskriminierungsstelle ein. Mitglieder des LV dürfen für die Dauer ihrer Amtszeit nicht  
236 Teil der Antidiskriminierungsstelle sein. Näheres über Aufgabenumfang und personelle  
237 Zusammensetzung regelt eine von der LDK zu erlassene Richtlinie, die einer qualifizierten  
238 Mehrheit bedarf. Sie darf dabei weitere Unvereinbarkeiten mit anderen Ämtern oder Aufgaben  
239 vorsehen.

240

241

242

243

244

245

#### 246 §15 – Kommunikation mit den Mitgliedern

- 247 (1) Die Jusos kommunizieren mit ihren Mitgliedern grundsätzlich per E-Mail. Die schriftliche Form  
248 im Sinne dieser Richtlinie bleibt entsprechend auch dann gewahrt, wenn eine Einladung per E-  
249 Mail verschickt wurde, bzw. das Mitglied per E-Mail mit den Jusos in Kontakt getreten ist. Dies  
250 gilt insbesondere auch für Einladungen zu Mitgliederversammlungen und  
251 Delegiertenkonferenzen. Bei Mitgliedern ohne an die SPD bekannt gegebene E-Mail-Adresse  
252 erfolgt die Kommunikation per Brief.
- 253 (2) Ein versandtes Einladungsschreiben oder Schreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es  
254 an die letzte von dem Mitglied der SPD bekannt gegebene E-Mail-Adresse bzw. Anschrift  
255 gerichtet ist. Jedes Mitglied ist selbst dafür verantwortlich, Änderungen der E-Mail-Adresse  
256 oder der Anschrift der SPD gegenüber bekannt zu geben.

257

258 §16 – Inkrafttreten, Außerkrafttreten alter Vorschriften, Änderungen

259 (3) Diese Richtlinie ist von der LDK am 29. September 2019 beschlossen worden. Sie tritt erst mit  
260 Beschlussfassung durch den Landesvorstand der SPD Hamburg in Kraft, frühestens jedoch zum  
261 01.11.2019. In Bezug auf die Zusammensetzung der Vorstände gemäß § 6 Absatz 3 und §12  
262 Absatz 2 und 3, sowie die Länge der Amtszeit gemäß §13 Absatz 1 gilt sie erstmals für die nach  
263 Inkrafttreten dieser Richtlinie gewählten Vorstände.

264 (4) Mit Inkrafttreten dieser Richtlinien treten die 'Richtlinien für die JungsozialistInnen in der SPD  
265 Landesorganisation Hamburg' außer Kraft.

266 (5) Änderungen dieser Richtlinien setzen einen Beschluss der LDK voraus, der einer qualifizierten  
267 Mehrheit bedarf. Sie treten erst mit Beschlussfassung durch den Landesvorstand der SPD  
268 Hamburg in Kraft.



## 1 Maßnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils und der besseren 2 Frauenförderung und -vernetzung innerhalb der Jusos Hamburg

3  
4  
5 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den Juso-  
6 Landesvorstand beschlossen:

### 9 **Forderung:**

10  
11 Wir fordern den Juso-Landesvorstand dazu auf, sich für die Umsetzung der folgenden  
12 Maßnahmen einzusetzen:

- 13  
14 1. Die Frauenbeauftragte soll sich für folgende Dinge einsetzen bzw. hat folgende  
15 Aufgaben:
  - 16  
17 a) Sie fungiert als **erste Ansprechpartnerin für weibliche Neumitglieder** und sorgt  
18 für die Vernetzung des Neumitglieds in den Juso-Gruppen und Juso-Kreisen und  
19 ggf. Juso-Arbeitskreisen und ist die **Ansprechpartnerin der Pat\*innen** in den Juso-  
20 Gruppen und -Kreisen (siehe Punkt des Antrags 3). In diesem Zusammenhang  
21 sollten **regelmäßige Austausche** zwischen der Frauenbeauftragten und den  
22 Pat\*innen stattfinden.
  - 23  
24 b) Sie agiert als **Schnittstelle/ Ansprechpartner zur AsF**. Das Ziel von der Juso-  
25 Seite her ist es, Frauen im Juso-Alter, die sich aktiv bei der AsF engagieren, aber  
26 noch nicht bei den Jusos, für die aktive Arbeit bei den Jusos zu gewinnen.
  - 27  
28 c) Sie soll mindestens einmal **monatlich ein Juso-Frauen-Vernetzungstreffen**  
29 organisieren.
  - 30  
31 d) Sie ist gemeinsam mit dem Landesvorstand dafür verantwortlich, **einmal im Jahr**  
32 **ein größeres Frauenvernetzungstreffen** zu organisieren. Die Vernetzung soll  
33 hierbei mit weiteren passenden Organisationen/ Institutionen/ Vereinen/ ggf.  
34 anderen Parteien ermöglicht werden (z.B. Frauen der DGB-Jugend).
  - 35  
36 e) Sie ist gemeinsam mit dem Landesvorstand für die **Organisation und**  
37 **Durchführung des jährlichen Juso-Mentoringprogramms** zuständig (siehe  
38 Punkt 4 des Antrags).
  - 39  
40 f) Sie organisiert zusammen mit dem Landesvorstand und ggf. in Kooperation mit der  
41 AsF eine **frauenpolitische Ausfahrt** zum Bundestag nach Berlin (nicht nur für  
42 Juso-Frauen, sondern ebenfalls offen für junge politisch interessierte Frauen), bei  
43 der die Teilnehmerinnen die Gelegenheit erhalten sollen, mit weiblichen  
44 Bundestagsabgeordneten ins Gespräch zu kommen. Die Umsetzung alternativer  
45 frauenpolitischer Ausfahrten ist möglich.
  - 46  
47 g) Sie kann ggf. **weitere Formate und Maßnahmen entwickeln und durchführen**,  
48 die dazu dienen, den Anteil aktiver Frauen bei den Jusos (und insgesamt pol.  
49 interessierter Frauen) und die Vernetzung der Juso-Frauen untereinander zu  
50 steigern, beispielsweise:  
51

52  
53  
54  
55  
56  
57  
58  
59  
60  
61  
62  
63  
64  
65  
66  
67  
68  
69  
70  
71  
72  
73  
74  
75  
76  
77  
78  
79  
80  
81  
82  
83  
84  
85  
86  
87  
88  
89  
90  
91  
92  
93  
94  
95  
96  
97  
98  
99  
100  
101  
102  
103  
104  
105

- Gemeinsamer Theaterbesuch oder Filmabend mit anschließender Diskussion
- Gesprächsabende mit führenden Frauen aus untersch. Bereichen, z.B. Partei, Gewerkschaft, Betriebsrat, Verband u. v. m. unter dem Titel „Auf ein Glas Wein mit...“
- Organisation von Veranstaltungen oder Durchführung von Aktionen mit **thematischen Schwerpunkten**, die aus Erfahrung insbesondere von Frauen besucht werden (bspw. Bildung oder Klimathemen oder Aktionen wie „Clean your Alster“).

h) Am Ende ihrer Amtszeit muss die Frauenbeauftragte dem Juso-Landesvorstand einen **schriftlichen Ergebnisbericht** vorlegen, in dem sie ihre Aktivitäten und deren Effektivität und Resonanz darlegt und ggf. **Handlungsempfehlungen** für die Arbeit des nächsten Juso-Landesvorstands bzw. der nächsten Frauenbeauftragten ausspricht. Der alte Juso-Landesvorstand ist dafür verantwortlich dem folgenden Juso-Landesvorstand bzw. der folgenden Frauenbeauftragten diesen Ergebnisbericht unaufgefordert zukommen zu lassen. Zudem soll der Bericht und die zugehörigen Erkenntnisse auf der Wahl-LDK den Delegierten vorgestellt werden.

2. Die Jusos Hamburg etablieren spätestens ab dem Jahr 2020 **ein eigenes Mentorinprogramm**, ähnlich dem der AsF, welche diese sehr erfolgreich seit längerer Zeit einmal im Jahr durchführen.

Die folgenden Punkte gilt es hierbei zu berücksichtigen:

- a) Das Mentoringprogramm soll **einmal im Jahr** stattfinden.
- b) Das Mentoringprogramm soll den **Zeitraum eines Monats** umfassen.
- c) Das Mentoringprogramm soll ausreichend **frühzeitig und intensiv beworben werden** (insb. über Social-Media-Kanäle), um möglichst eine hohe Zahl an Teilnehmerinnen zu erreichen.
- d) Der Eindruck eines Konkurrenzprogramms zum bereits bestehenden AsF-Mentoringprogramm ist zu vermeiden. Das Mentoringprogramm der Jusos Hamburg **soll als Zusatzangebot verstanden werden**, welches eine neue, jüngere Zielgruppe erreichen kann. Entsprechend ist dies bei der Ausgestaltung des Programms zu berücksichtigen, sowohl bei der Ansprache als auch bei der Auswahl der Veranstaltungen innerhalb des Programms.

3. Der **Bildungsbeauftragte/die Bildungsbeauftragte** des Juso-Landesvorstands **soll die folgenden Tätigkeiten in seine Arbeit mit aufnehmen:**

Er/sie soll,

- a. einmal im Jahr ein **Seminar nur für Juso-Frauen** zum Thema „**Rhetorik/ Argumentationstraining**“ und/oder, „**Führungspositionen innerhalb der Juso-Strukturen übernehmen**“ organisieren,
- b. für **alle Jusos ein Seminar** organisieren bzw. dieses als Ergänzung in ein passendes Format als Tagesordnungspunkt zu integrieren (z. B. bei der jährlichen Juso-Gruppen- und Juso-Kreis-Vorsitzenden-Konferenz), der sich mit

106  
107  
108  
109  
110  
111  
112  
113  
114  
115  
116  
117  
118  
119  
120  
121  
122  
123  
124  
125  
126  
127  
128  
129  
130  
131  
132  
133  
134  
135  
136  
137  
138  
139  
140  
141  
142  
143  
144  
145  
146  
147  
148  
149  
150  
151  
152  
153  
154  
155  
156  
157  
158  
159

dem Thema „**Männliche und weibliche Kommunikations- und Machtstrategien**“ beschäftigt. Hierbei sind insbesondere die Juso-Gruppen- und Juso-Kreis-Vorsitzenden angehalten, daran teilzunehmen.

4. Der Landesvorstand wird gebeten, eine **Mitgliederkampagne** zur Gewinnung neuer Mitglieder zu entwickeln, die insbesondere/gezielt Frauen ansprechen soll.
5. Der Juso-Landesvorstand soll unter Einbezug der Juso-Schüler\*innen-Hamburg in Kontakt zur SPD-Bürgerschaftsfraktion treten und sich gemeinsam Maßnahmen überlegen und ggf. Unterstützung anbieten, um noch mehr Schülerinnen dafür zu begeistern, das **Girls' day Angebot** der SPD-Bürgerschaftsfraktion in Anspruch zu nehmen.
6. Der **Landesvorstand der Jusos Hamburg** soll in seiner jährlichen Finanzplanung und der Beantragung von Mitteln die **ausreichende Finanzierung der hier genannten Maßnahmen berücksichtigen und sicherstellen** inkl. der Mittel für eine entsprechende Bewerbung der hier genannten Veranstaltungen und Ausfahrten, um möglichst viele potenziell politisch interessierte Frauen zu erreichen.

#### **Begründung:**

Wenn man sich die Zusammensetzung mancher Juso-Gruppen anschaut, stellt man leider fest, dass der Frauenanteil erschreckend gering ist. Dies ist nicht überall der Fall, aber das Phänomen, dass es in einigen Kreisen nur sehr wenige aktive Juso-Frauen gibt, ist eher Regel denn Ausnahme. Wir Hamburger Jusos sind uns einig in unserem Interesse, mehr Frauen für die aktive Parteiarbeit zu gewinnen. Diesem Anliegen widmet sich dieser Antrag in einem ersten Aufschlag durch verschiedene Maßnahmen.



**Zu Punkt 1)** Es werden Pläne und Maßnahmen nur dort effektiv umgesetzt, wo Verantwortlichkeiten und Aufgaben klar verteilt sind. Der Ergebnisbericht am Ende soll dafür sorgen, dass erfolgreiche Maßnahmen auch nach einem Wechsel der Frauenbeauftragten, etwa nach Wahlen, fortgeführt und weniger zielführende Formate und Maßnahmen angepasst oder beendet werden. Selbstverständlich kann nicht erwartet werden, dass alle Maßnahmen bereits nach einem Pilotversuch den gewünschten Effekt haben – es braucht Zeit und Geduld. Wie lange an den einzelnen Maßnahmen festgehalten werden soll, liegt im Ermessen der Frauenbeauftragten und des Landesvorstands.

**Zu Punkt 2)** Anliegen dieses Antrags ist nicht nur die Formulierung von Maßnahmen, um bereits vorhandene Juso-Frauen stärker für die aktive Parteiarbeit zu gewinnen, sondern ebenfalls mehr Frauen insgesamt für die Arbeit bei den Jusos anzuwerben. Die Etablierung des Juso-eigenen Mentoringprogramms kann ein erster nach außen gerichteter Schritt sein.

**Zu Punkt 3)** Wenn man Frauen für die aktive Parteiarbeit gewinnen möchte, muss man auch bereit sein, die entsprechenden Werkzeuge dafür bereitzustellen. Zudem ist eine Sensibilisierung aller bezüglich der Unterschiede, die es in der weiblichen und männlichen Kommunikationsweise gibt, wichtig.

**Zu Punkt 4)** Ziel sollte nicht nur die Aktivierung der bereits bestehenden weiblichen Mitglieder sein, sondern insbesondere die Gewinnung von weiteren Frauen als Juso-Mitglieder.

**Zu Punkt 5)** Der Anteil von Politikerinnen ist immer noch nicht ausreichend. Es ist daher sinnvoll, bereits relativ frühzeitig das Interesse von jungen Mädchen für Politik zu wecken und



160 SPD-Politikerinnen als Vorbilder zu zeigen. Eine aktive Unterstützung und Beteiligung am Girls'  
161 day kann ggf. zu diesem Ziel beitragen.

162

163 **Zu Punkt 6)** Die Organisation von Vernetzungstreffen, frauenpolitischen Ausfahrten oder  
164 Seminaren kosten Geld. Bei der Beantragung von Fördermitteln müssen die Kosten für  
165 derartige Formate berücksichtigt werden.

166

1 **Inhalte vor Personal!**

2

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat an den SPD Landesvorstand und die  
5 SPD Kreisvorstände zum Beschluss weiterzuleiten:

6

7

8 **Beschluss:**

9

10 Bei der Aufstellung der Listen für öffentliche Wahlen soll künftig darauf geachtet werden, erst  
11 die inhaltliche und dann die personelle Aufstellung zu besprechen.

12

13 **Erläuterung:**

14

15 Das heißt z.B. bei einer Bürgerschaftswahl, dass erst der Landesparteitag, auf dem das  
16 Wahlprogramm beschlossen wird, stattfindet und danach die Landesvertreterversammlung für die  
17 Aufstellung der Landesliste. Bei den vorherigen Nominierungsvorgängen für die  
18 Landesliste innerhalb der Kreise soll auf den Kreisdelegiertenversammlungen zuerst über  
19 Anträge und dann über die Kandidierenden diskutiert und abgestimmt werden.

20

21

22 **Begründung:**

23

24 Wir müssen uns dazu bekennen, dass Inhalte Vorrang vor Personaldebatten haben. Parteien  
25 existieren zuallererst, um inhaltliche Positionen zu vertreten und nicht, um Personen in Posten  
26 zu heben. Die inhaltliche Debatte und die inhaltlichen Beschlüsse müssen auch bei der  
27 Vorbereitung zu öffentlichen Wahlen immer das Hauptgewicht haben. Erst wenn hier die  
28 Positionen gefunden wurden, kann auch qualifiziert entschieden werden, welche Personen  
29 diese Inhalte am besten vertreten und umsetzen können. Die hier vorgeschlagene Reihenfolge  
30 würde einerseits die inhaltliche Debatte anregen und andererseits zu erheblich mehr  
31 Authentizität in der Personalwahl führen. Dies beides könnte die politische und mediale  
32 Wirkmacht der SPD entscheidend stärken.

33

34 Auch für Kandidierende hätte dies positive Effekte. So könnten sie bereits vor den  
35 Aufstellungsprozessen ihre Profile schärfen und sich inhaltlich und argumentativ hervortun. Es  
36 würde auch Spontankandidaturen aufgrund persönlicher Animositäten etwas entgegenwirken,  
37 da Bewerber\*innen auf Posten und Mandate sich bestenfalls schon in der inhaltlichen Debatte  
38 eingebracht haben. Bei mehreren Kandidaturen um ein Amt oder einen Listenplatz kann dann  
39 auch anhand inhaltlicher Ausrichtungen entschieden werden und die Debatte ad hominem  
40 wird bestenfalls verschwinden. Für das innerparteiliche Klima wäre dies sehr wertvoll.

## 1 **Antragstitel: Einführung einer Jugendquote**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
4 Landesvorstand beschlossen:

5

### 6 **Forderung:**

7

8 Wir fordern, dass mindestens ein Top5-Platz jeder Liste für eine(n) Juso-Kandidat\*in reserviert  
9 werden muss. Zusätzlich fordern wir eine Juso-Quote von 25% für Wahllisten und Gremien der  
10 SPD.

11

### 12 **Begründung:**

13

14 Die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen von heute, sind die Wähler von morgen.  
15 Dementsprechend muss die Politik nicht nur für diese Generation gestaltet werden, sondern  
16 auch von ihnen.

17 Die Jusos (Jungsozialisten) sind die Jugendorganisation der SPD und ein wichtiger  
18 Bestandteil der Sozialdemokratie in Deutschland. Sie verkörpern den Parteienwachstum und  
19 damit die politische Zukunft unserer Partei und unseres Landes. Aus diesem Grund fordern  
20 wir, dass sie ihrer Rolle nach angemessen in der SPD vertreten sind.

21 Die vorangegangenen Wahlen haben gezeigt, dass junge Wähler sich nicht von unserem  
22 Angebot angesprochen fühlen. Dem müssen wir entgegenwirken. Durch eine institutionelle  
23 Integration der Jusos in Gremien und aufgestellten Listen, schaffen wir sowohl nach außen  
24 als auch nach innen eine Repräsentanz der jungen Generation.

## 1 Antrag: CO2-neutralen Bau in Hamburg fördern

2  
3 Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl  
4 2020 beschließen:

### 5 6 7 **Forderung**

8  
9 Der Bau und die Nutzung von Gebäuden sollen in Hamburg künftig so weit wie möglich  
10 klimaneutral erfolgen. Folgende Schritte sollen deswegen ergriffen werden:

- 11  
12 1. Bei der Vergabe von Bauvorhaben in Hamburg soll künftig die Ökobilanz eines  
13 Projektes und/oder eines Quartiers über die gesamte Lebensdauer (d.h. von der  
14 Herstellung der Baustoffe bis zum Rückbau) eine stärkere Rolle spielen. Die  
15 diesbezüglichen Berechnungen und Nachweise müssen bei jedem Projekt erbracht  
16 werden.
- 17  
18 2. Der Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen wie z.B. Holz soll noch mehr als bisher  
19 gefördert werden. Dazu muss im Sinne von 1. bei allen Bauvorhaben zusätzlich zu  
20 den reinen Herstellungsemissionen auch die Menge des in den geplanten  
21 Baumaterialien gebundenen biogenen Kohlenstoffs berücksichtigt werden. Das  
22 bereits bestehende Bonusprogramm, welches den Bau mit Holz in Hamburg fördert,  
23 soll auf alle kohlenstoffbindenden und nachwachsenden Materialien erweitert  
24 werden. Es soll geprüft werden, ob die Deckelung der bisherigen Förderung  
25 aufgehoben und künftig ab einem Gesamtbauanteil von 50% mindestens der  
26 Mehrpreis des Holzbaus gegenüber einem Massivbau ausgeglichen werden kann.  
27 Um die CO2-Einsparungen nicht durch lange Transportwege wieder nichtig zu  
28 machen, sollen vor allem regionale Rohstoffe verwendet werden, nach Möglichkeit  
29 mit weniger als 200 km Transportweg und aus zertifiziert nachhaltigem Anbau.
- 30  
31 3. Die Stadt Hamburg soll vor allem mit den Bundesländern Schleswig-Holstein,  
32 Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen über ein umfangreiches  
33 Aufforstungsprogramm verständigen und dieses zeitnah umsetzen. Um  
34 wirtschaftlichen und ökologischen Schaden durch Monokulturen und spezialisierte  
35 Schädlinge zu begrenzen, muss hierbei auf gute Durchmischung der Wälder  
36 geachtet werden.

### 37 38 39 **Begründung**

40  
41 Die SPD hat in Hamburg bundesweit bereits viele fortschrittliche Maßnahmen ergriffen, um  
42 nachhaltiges Bauen zu ermöglichen und zu fördern. So ist Hamburg das einzige Bundesland,  
43 in welchem Nachhaltigkeitssiegel wie das DGNB- oder das NaWoh-Siegel Auswirkungen auf  
44 die Vergabe von Förderleistungen haben. Weiterhin ermöglicht Hamburg seit 2017 als eines  
45 der ersten Bundesländer den Einsatz von Holz bei Gebäuden bis zu 22 Meter. Dennoch macht  
46 Holzbau in Hamburg nur 4,7 % des gesamten Neubaus aus, während der bundesdeutsche  
47 Durchschnitt bei rund 17 % liegt. Dies ist betrüblich, da Holz mehrere positive Eigenschaften  
48 gegenüber Massivbaustoffen (Beton, Stahl, Stein, etc.) besitzt, so unter anderem:

- 49 - Speicherung von Kohlenstoff

50 Im Gegensatz zu Massivstoffen ist Holz in der Herstellung und Verarbeitung als Baustoff CO2-  
51 neutral, da es anders als Stein oder Stahl bereits durch sein Wachstum Kohlenstoff bindet,

52 welcher für die Gesamtzeit der Nutzung der Atmosphäre entzogen wird. Dieser Kohlenstoff  
 53 steht in der Folge nicht mehr für die Oxidierung zur Verfügung, sprich die Emission von  
 54 Kohlenstoffdioxid wird bei Gebrauch verringert, während Massivstoffe in der Produktion  
 55 signifikante Mengen an CO<sub>2</sub> produzieren. Eine Grafik kann dies veranschaulichen:  
 56  
 57

58

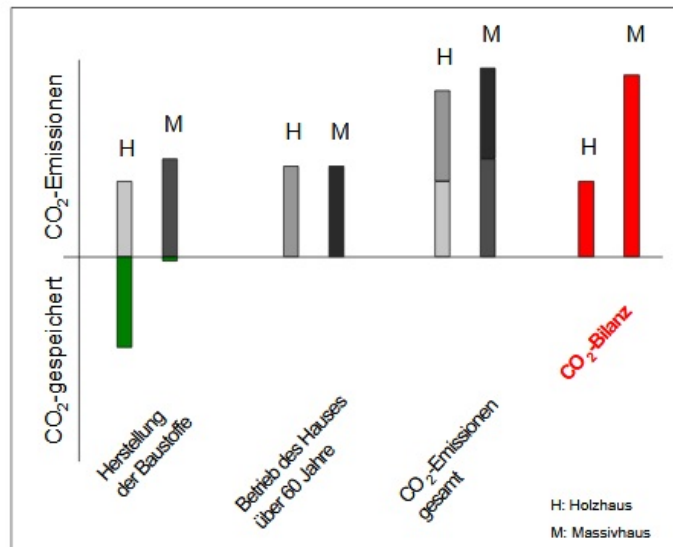


Abb. 1: Holzhäuser als langfristige Kohlenstoffsенke mit positiver CO<sub>2</sub>-Bilanz (genereller Vergleich)  
 Quelle: Pohlmann, C. M. (2002), S. 237

77 Die kohlenstoffbindende Eigenschaft des Holzes kann hierbei bewusst zur Einhaltung der in  
 78 Kyoto und Paris beschlossenen Klimaziele genutzt werden, da Holz im Forst den Kohlenstoff  
 79 lediglich zwischen 30 und 120 Jahre speichert, in der Nutzung durch den Menschen jedoch bis  
 80 zu mehreren hundert Jahren (z.B. in Holzgebäuden). Dadurch wird weiterhin im Forst neuer  
 81 Platz geschaffen für weitere Bäume, die ihrerseits der Atmosphäre weiteren Kohlenstoff  
 82 entziehen.

83 - Umfassende Verwertung

84 Holz besitzt die Eigenschaft, dass alle seine Bestandteile vollständig verwertet werden können.  
 85 So finden Produktionsreste wie Verschnitte, Hobel- oder Sägespäne ihre Verwendung z.B. als  
 86 Spanplatten, Dämmmaterialien, Streumaterial oder Brennstoff. Auch bei Rückbau eines  
 87 Holzgebäudes sind diese Nutzungen und damit die Wiedereinbringung in den Rohstoffkreislauf  
 88 möglich. Da gerade auf die Baubranche 53 % des deutschen Abfallaufkommens entfallen,  
 89 könnte die verstärkte Nutzung von Holz hier eine signifikante Reduktion bewirken.

91 Die Umstellung auf nachwachsende Rohstoffe wie Holz im Gebäudebau ist auch unter  
 92 wirtschaftlichen Aspekten vertretbar. So wurde in der Gegenüberstellung errechnet, dass  
 93 Holzbauweise gegenüber Mauerwerk je nach Gebäudetyp zwischen 4,1 - 6,0 % teurer ist,  
 94 gegenüber Beton nur 1,4 - 3,8 %. Für die Erstellung von Außenwänden bewegt sich die Spanne  
 95 bei 11 - 15 % Teuerung gegenüber Mauerwerk und 3 - 4 % gegenüber Beton.

97 Während Massivstoffe meist überall regional verfügbar sind, ist Holz im Stadtgebiet Hamburgs  
 98 eher schwieriger zu schlagen und auch im Umland nicht in den erforderlichen Mengen  
 99 vorhanden. So wird Schleswig-Holstein nur zu 11 %, Hamburg und Bremen zu 12 %,  
 100 Mecklenburg-Vorpommern zu 24 % und Niedersachsen zu 25 % von Wald bedeckt, während  
 101 der bundesweite Anteil bei 32 % liegt. Eine Aufforstung wäre auch unter dem Gesichtspunkt  
 102 der bereits o.g. Kohlenstoffbindung angezeigt. Da die für den Bausektor notwendigen  
 103 Nadelbäume in Monokultur sehr anfällig für Schädlinge wie den Borkenkäfer sind, sollten  
 104 Mischwälder, jedoch mit wirtschaftlich gut verwertbarem Anteil an Nadelbäumen, das





105 Aufforstungsbild bestimmen. Selbst, wenn die Wälder nicht für das Bauwesen benötigt werden,  
106 stellen sie wertvolle ökologische Gebiete dar und absorbieren CO<sub>2</sub> aus der Luft.

## 1 **Baukosten im Wohnungsbau senken**

2  
3 Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die  
4 Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

### 5 6 7 **Forderung**

8  
9 Der Wohnungsbau ist konsequent entlang des von der Behörde für Stadtentwicklung und  
10 Wohnen in Auftrag gegebenen Gutachtens zum Thema Baukosten in Hamburg weiter zu  
11 entwickeln. Die dort genannten Einsparpotentiale und Erkenntnisse zu den Kostentreibern  
12 sowie dem Leitgedanken Wohnen für 1.800 € pro qm stellen ein umfangreiches  
13 Instrumentarium zur Baukosteneinsparung und Steuerung dar. Die Stadt hat darauf  
14 hinzuwirken, dass die dortigen Erkenntnisse beim Wohnungsbau von SAGA/GWG,  
15 Genossenschaften und privaten Investoren Berücksichtigung finden. Dabei sind insbesondere  
16 die folgenden Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

17  
18 • Modulares, serielles Bauen zur Kosteneinsparung ist ein wichtiger Ansatz um außerhalb  
19 des klassischen öffentlich-geförderten Wohnungsbaus auch für Mieterinnen und Mieter mit  
20 mittleren Einkommen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Im 8 EUR- Segment sollen p.a. bis  
21 zu 1.000 Wohneinheiten durch serielles modulares Bauen errichtet werden.

22  
23 • Es soll nach Möglichkeit kein städtisches Land mehr verkauft werden, sondern das  
24 Instrument des Erbbaurechts Anwendung finden.

25  
26 • Die Umsetzung des Energiestandards Effizienzhaus 55 wird zum Standard für  
27 Wohnungsbau in Hamburg erhoben.

28  
29 • Im sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau ist ein angemessenes Verhältnis von  
30 Wohnungsgröße zu Zimmeranzahl anzustreben. Ansprüche an die Wohnungsgröße sind in den  
31 vergangenen Jahren gestiegen, so dass oftmals die Wohnfläche etwa in 90 m<sup>2</sup> Wohnungen  
32 lediglich auf zwei Zimmer aufgeteilt ist. Die Wohnungszuschnitte sollten insbesondere im  
33 öffentlich-geförderten und sonstigen preisgünstigen Wohnungsbau weg von der Tendenz zu  
34 immer größeren Räumen kommen.

35  
36 • Eine Wiederholung der Studie zu Baukosten in angemessenen Zeitabständen ist  
37 anzustreben.

### 38 39 40 41 **Begründung**

42  
43 Der Senat in Hamburg hat den Handlungsbedarf für einen forcierten Wohnungsbau erkannt und  
44 seit 2011 kontinuierlich umgesetzt. Jedoch reichen die Anstrengungen nicht aus, um genügend  
45 günstigen Wohnraum zu bezahlbaren Konditionen zu schaffen. In Hamburg haben 42,8 % der  
46 Haushalte eine Mietbelastungsquote von mind. 30 % ihres Einkommens.

47 In der Hansestadt besteht ein Mangel an 150.323 Wohnungen zu leistbaren Mieten. (Quelle:  
48 Holm, Junker 2019, Studie der Hans Boeckler Stiftung) Grund dafür sind u.a. die gestiegenen  
49 Baukosten durch hohe Grundstückspreise. So beträgt der Anteil der Grundstückskosten an den  
50 Baukosten mittlerweile 40 %. Darüber hinaus sind gestiegene Bau- und Umweltstandards sowie  
51 die gestiegene Nachfrage nach Fachkräften im Bauhandwerk wichtige Kostentreiber. Gemäß

52 dem Gutachten zum Thema Baukosten in Hamburg, sind Einsparungen bei Baukosten  
53 insbesondere effizient für:

54

55

56 • die Erstellung von Tiefgaragenplätzen

57 • Keller

58 • Energetische Standards

59 • Verblendfassaden und

60 • Dachbegrünung.

61

62

63 Diese Baumaßnahmen stellen die Top 5 der primären Kostenfaktoren in absoluten Zahlen dar  
64 beinhalten aber gleichzeitig konkrete bauliche Einsparpotentiale zu gezielten  
65 Kosteneinsparungen bei der Erstellung von Wohnungsneubauten. Damit die vielfältigen,  
66 detaillierten Ergebnisse des Gutachtens in der Praxis Berücksichtigung finden, sind  
67 entsprechende Vorgaben der Behörden bei der Auftragsvergabe an städtische und private  
68 Investoren zur berücksichtigen. Die energetischen Standards haben eine Sonderrolle inne.  
69 Aufgrund der vielen Realisierungsvarianten hinsichtlich der Gebäudehülle und Anlagentechnik  
70 können auch hohe energetische Standards mit vergleichsweise geringen Mehrkosten erstellt  
71 werden. Der Energiestandard 55 ist der Standard, der die größte Wirtschaftlichkeit aufweist,  
72 d.h. den größten Energiespareffekt mit vergleichsweise geringen Mehrkosten erbringt.

## 1 Trendwende bei Sozialwohnungen beschleunigen

2  
3 Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die  
4 Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

### 5 6 7 **Forderung**

8  
9 1. Die Förderung von jährlich mindestens 3.000 Neubauwohnungen im 1. und 2. Förderweg wird  
10 über die Dauer des aktuellen bis 2020 laufenden Wohnungsbauprogramms fortgesetzt. Die  
11 sozialdemokratischen Senatsmitglieder werden aufgefordert, eine weitere Aufstockung dieser  
12 Neubauwohnungen auf bis zu 4.000 Wohneinheiten (davon 500 WA-Bindungen für  
13 Wohnungsnotfälle) pro Jahr anzustreben.

14  
15 2. Die Sozialbindung bei Neubauten soll in der Regel 30 Jahre betragen. Dies ist im Vertrag für  
16 Hamburg festzuschreiben.



17  
18 3. Das Konzept des Drittmixes wird konsequent angewendet. Insbesondere bei kleineren,  
19 innerstädtischen Neubauprojekten wird aber angestrebt, den Anteil an öffentlich-geförderten  
20 Wohnungen auf bis zu 50% zu erhöhen. Davon sollen 50% im ersten Förderweg vergeben  
21 werden.

22  
23 4. Bei großen Bauvorhaben, wie z.B. Oberbillwerder, ist hingegen auf eine sozialausgewogene  
24 Mischung zu achten. Dies impliziert, hier in der Regel nicht über einen Sozialwohnungsanteil  
25 von einem Drittel hinaus zu gehen. Die Entscheidungsspielräume der Bezirksversammlungen  
26 im Einzelfall sollen dadurch nicht beeinträchtigt werden.

27  
28 5. Der Drittmix soll zukünftig bereits bei Bauvorhaben ab 20 Wohneinheiten, tendenziell bereits  
29 sogar schon ab 10 Wohneinheiten, Anwendung finden.

### 30 31 32 33 **Begründung**

34  
35 Hamburg profitiert im Vergleich zu einigen anderen Großstädten davon, dass es  
36 vergleichsweise frühzeitig, nämlich bereits zum Regierungswechsel 2011, begonnen hat, den  
37 Wohnungsbau massiv anzukurbeln. Die Hamburgerinnen und Hamburger profitieren zudem  
38 davon, dass Hamburg - ebenfalls anders als einige andere Großstädte - davon abgesehen hat,  
39 seine städtischen Wohnungsbestände bzw. die städtischen Wohnungsunternehmen zu  
40 verkaufen. SAGA/GWG mit ihren über 130.000 Wohnungen gehören unverändert der Stadt und  
41 bieten ein breites Angebot bezahlbarer Wohnungen. Das gilt außerdem für die ebenfalls gut  
42 130.000 Wohnungen der zahlreichen Wohnungsgenossenschaften. Auch der im CDU-  
43 Regierungsjahrzehnt weitgehend brachliegende Bau von Sozialwohnungen wurde wieder  
44 aufgenommen und zuletzt weiter intensiviert. Zunächst ab 2011 wurden 2.000  
45 Sozialwohnungen jährlich gebaut, das aktuelle Wohnungsbauprogramm des Senats sieht nun  
46 sogar 3.000 neue Sozialwohnungen pro Jahr vor. Der größte Teil davon im 1. Förderweg (6,50  
47 Euro/m<sup>2</sup> Anfangsmiete), ca. 500 Wohnungen aber auch im 2. Förderweg (8,60 Euro/m<sup>2</sup>). Neu  
48 im aktuellen Wohnungsbauprogramm des Senats ist zudem, dass die Bindungsfrist von 15 auf  
49 20 Jahre verlängert wird und dass nach Auslaufen von Sozialbindungen diese um 10 Jahre  
50 verlängert werden können. All dies sind große und wichtige Schritte in die richtige Richtung. Sie  
51 reichen aber noch nicht aus! So ist die Anzahl preisgebundener Wohnungen in Hamburg seit



52 Beginn des Jahrtausends von 150.000 auf heute ca. 80.000 Sozialwohnungen gesunken. Mit  
53 den bereits beschlossenen Maßnahmen kann ein weiteres Absinken voraussichtlich verhindert  
54 werden, aber für eine signifikante Erhöhung des Sozialwohnungsbestands reicht dies nicht.  
55 Wird der öffentlich-geförderte Wohnungsbau intensiviert, ist darüber hinaus darauf zu achten,  
56 dass Fehler aus der Vergangenheit möglichst nicht wiederholt werden. Reine „Sozialwohnungs-  
57 Siedlungen“ sind zu vermeiden. Gleichwohl kann es sinnvoll sein, an geeigneter Stelle auch  
58 über den Drittmix hinauszugehen. Auf der anderen Seite müssen öffentlich-geförderte  
59 Wohnungen verstärkt bei Nachverdichtungen in innerstädtischen Lagen berücksichtigt werden,  
60 um auch in den Innenstadt-Quartieren preiswerten Wohnraum anzubieten und auch hier eine  
61 soziale Durchmischung zu ermöglichen.

**Steuerpflicht an Staatsbürgerschaft koppeln**

1  
2  
3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den  
5 Bundesparteitag der SPD beschlossen:

6  
7

**Forderung:**

9

10 Die SPD möge in der Bundesregierung darauf hinwirken, dass:

11

- 12 1. die Steuerpflicht deutscher Staatsbürger an die Staatsbürgerschaft gekoppelt wird. Um  
13 Doppelbesteuerung zu vermeiden, werden im Ausland zu zahlende Steuern von dem  
14 zu zahlenden Beitrag in Deutschland abgezogen.
- 15 2. Freibeträge eingeführt werden, damit nur Wohlverdiener, die im Ausland unter geringen  
16 Steuersätzen leben, davon betroffen sind.
- 17 3. dies auch auf europäischer Ebene durchgesetzt wird.

18

19

20

21

**Begründung:**

22 Die Maßnahme, die Steuerpflicht an die Staatsangehörigkeit zu koppeln, ist eine gute  
23 Maßnahme, um Steuerflucht vorzubeugen. Es wird nach dem Vorbild der USA auch dafür  
24 gesorgt, dass Durchschnittsverdiener, die nicht die Absicht haben durch ihre Auswanderung  
25 Steuerflucht zu begehen, nicht zusätzlich belastet werden.

26  
27

1 **§53 StPO reformieren – Aussageverweigerungsrecht für alle**  
2 **Sozialarbeiter\*innen!**

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
5 Bundesparteitag beschlossen:

6

7 **Forderung:**

8 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert, §53 I Nr. 3b StPO dahingehend zu  
9 ändern, dass künftig auch Sozialarbeiter\*innen, die für freie Träger arbeiten, ein  
10 Zeugnisverweigerungsrecht zusteht.

11

12 **Begründung:**

13 §53 StPO gewährt einer ganzen Reihe von Berufsträger\*innen ein  
14 Zeugnisverweigerungsrecht. Wichtig ist dieses, um ein Vertrauensverhältnis zwischen  
15 jenen, die Hilfe und Beratung in Anspruch nehmen und bestimmten Berufsangehörigen  
16 zu ermöglichen. Ein Zeugnisverweigerungsrecht bedeutet, dass umfassend zu der  
17 Person des bzw. der Angeklagten und dem angeklagten Sachverhalt keine Angaben  
18 gemacht werden müssen. Damit die Rechtspflege aber funktionsfähig bleibt, ist das  
19 Zeugnisverweigerungsrecht eng begrenzt auf bestimmte Berufsgruppen wie zum  
20 Beispiel Strafverteidiger\*innen, Ärzt\*innen oder Seelsorger\*innen.

21 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter haben nur dann ein Zeugnisverweigerungsrecht,  
22 wenn sie gemäß §53 I Nr. 3b StPO „als Drogenberaterinnen oder Drogenberater, die in  
23 einer Beratungsstelle, die eine Behörde oder Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des  
24 öffentlichen Rechtes anerkannt oder bei sich eingerichtet hat, arbeiten.“ Diese  
25 Beschränkung auf staatliche oder von staatlicher Seite anerkannte Stellen übersieht  
26 jedoch, dass freie Träger gleichwertige Arbeit leisten. Nicht wenige Hilfebedürftige  
27 wählen gerade aus Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung und grundsätzlicher Skepsis  
28 einen nichtstaatlichen Träger.

29 Wichtig für die Arbeit der Sozialarbeiter\*innen, ob staatlich oder freie Träger, ist das  
30 Aufbauen von Vertrauen und die Möglichkeit für die Betroffenen, sich gegenüber den  
31 staatlichen oder freien Stellen offenbaren und ehrlich Angaben zu ihrer Situation und  
32 den Problemen machen zu können. Die derzeitige Gesetzeslage stellt die freien Träger  
33 dabei nicht selten vor ein Dilemma: Sicherheitsbehörden laden sie als Zeugen und  
34 drohen teilweise mit Zwangsmitteln. So kann ein monate- oder jahrelang aufgebautes  
35 Vertrauen mit dem Moment der Aussage gegen den Klienten zerstört werden. Um dem  
36 entgegen zu wirken ist es wichtig, die freien Träger den staatlichen Stellen im Sinne  
37 des §53 StPO gleichzustellen und so wirkliche, auf Augenhöhe basierende und ohne  
38 Furcht vor Verfolgung stattfindende Zusammenarbeit zu ermöglichen.

## 1 Erweiterung der Funktion des Melde-Michel

2  
3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesparteitag beschließen

### 8 **Forderung:**

9  
10 Wir fordern die SPD Hamburg dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die Funktion des Melde-  
11 Michels folgendermaßen erweitert wird:

- 12 1. Zukünftig soll es auch die Möglichkeit geben, Stellen und Orte zu melden, die die  
13 Bürgerinnen und Bürger im Sinne ihres subjektiven Sicherheitsempfinden als unsicher  
14 und/oder bedrohlich einstufen.
- 15 2. Die Meldung soll an die jeweils zuständigen Ämter und Behörden weitergeleitet werden  
16 unter Einhaltung der gleichen Bearbeitungsfrist, die für die anderen Meldefunktionen  
17 gilt.
- 18 3. Die Meldungen sollen einmal jährlich dahingehend ausgewertet werden, welche  
19 Gemeinsamkeiten zwischen den einzelnen Meldungen vorliegen und welche  
20 Konsequenzen sich ggf. hieraus für die zukünftige Ausgestaltung und die Vorgaben bei  
21 der Stadtplanung ergeben. Diese Auswertung soll den Ämtern und Behörden  
22 entsprechend zugehen und zudem online der Öffentlichkeit zugänglich gemacht  
23 werden.
- 24 4. Auf die Funktionserweiterung soll im Rahmen einer entsprechenden Kampagne online  
25 und mittels klassischer Werbeträger (z.B. Plakate) aufmerksam gemacht werden, damit  
26 möglichst viele Frauen von diesem neuen Angebot Kenntnis erlangen.

### 29 **Begründung:**

30  
31 Über das Angebot des Melde-Michel<sup>1</sup> bietet die Stadt Hamburg ihren Bürgerinnen und Bürgern  
32 bisher die Möglichkeit, Schäden an der öffentlichen Infrastruktur ganz einfach online zu melden.  
33 Durch dieses einfache und viel genutzte Tool können die Hamburgerinnen und Hamburger,  
34 beispielsweise auf tiefe Schlaglöcher hinweisen, die eine Gefährdung für die  
35 Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer darstellen. Im Sinne einer  
36 geschlechtergerechten Stadtplanung, sollte die Funktion des Melde-Michels erweitert werden.  
37 Es ist bekannt, dass insbesondere Frauen enge Durchgänge, schlecht beleuchtete Wege und  
38 nicht gut einsehbare Ecken besonders zu später Stunde vermeiden und mitunter längere  
39 Umwege auf sich nehmen, auf Aktivitäten verzichten oder teure Taxifahrten bezahlen, um sich  
40 keinem Risiko auszusetzen. Im Sinne einer geschlechtergerechten Stadtplanung ist es  
41 zielführend, dass diese Orte und Stellen in der Stadt auf einfache Weise durch die  
42 Funktionserweiterung des Melde-Michels gemeldet werden können. Die Stadt muss es sich zur  
43 Aufgabe machen, diese gemeldeten Stellen und Orte besser zu gestalten und aus den  
44 gesammelten Daten Rückschlüsse für zukünftige stadtplanerische Überlegungen zu ziehen.

---

<sup>1</sup> <https://www.hamburg.de/melde-michel/>



1 **Vernünftige Bezahlung von Rechtsreferendaren sicherstellen**

2

3 Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die  
4 Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

5

6

7 **Forderung**

8

9 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Hamburger Senat setzen sich für eine signifikante  
10 Erhöhung der Unterhaltsbeihilfe von Rechtsreferendaren um mindestens 250,00 brutto im  
11 Monat ein.

12

13

14 **Begründung**

15

16 Die SPD hat sich in ihrer Geschichte durchweg erfolgreich und glaubwürdig dafür eingesetzt,  
17 dass Bildungserfolge auch ohne reiche Eltern möglich sind. Wer sich anstrengt, soll durch  
18 Bildung aufsteigen können. Dazu tragen u.a. öffentliche Schulen, Universitäten und BaföG bei.  
19 Für Rechtsreferendare in Hamburg wurde dieses sozialdemokratische Bildungsversprechen  
20 seit längerer Zeit aufgeweicht: Im nach dem pro Kopf Einkommen reichsten Bundesland  
21 Deutschlands, das schon seit langer Zeit von der SPD geführt wird, müssen  
22 Rechtsreferendare mit dem geringsten Einkommen über die Runden kommen. Gleichzeitig ist  
23 Hamburg das Bundesland mit den höchsten Durchschnittsmieten. Das führt dazu, dass in  
24 Hamburg nur sein Referendariat machen kann, wer entweder reiche Eltern hat oder wer neben  
25 den schon großen Belastungen durch Examensvorbereitung und Pflichttätigkeiten während der  
26 Ausbildung noch einen Nebenjob macht. Eine Mehrzahlung von 250,00 brutto im Monat würde  
27 insgesamt bei rund 600 Referendaren in Hamburg zu Mehrausgaben von 1,8 Mio. Euro im Jahr  
28 führen. Beim derzeitigen Haushaltsvolumen in Hamburg von über 13 Mrd. Euro im Jahr ist das  
29 ohne weiteres verkraftbar.

## 1 Einführung der ewigen Winterzeit

2  
3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 SPD Bundesparteitag beschließen

### 7 **Forderung:**

8 Die SPD setzt sich dafür ein, dass im Zuge der von der Europäischen Kommission  
9 beschlossenen Abschaffung der Zeitumstellung ab 2021, sich die Bundesregierung für  
10 die Einführung der ewigen Winterzeit, in Abstimmung mit den Nachbarländern, einsetzt.

### 12 **Begründung:**

13 Die EU-Kommission fasste im Frühjahr 2019 nach einer Bevölkerungskonsultation mit  
14 über 4 Millionen Teilnehmer\*innen den Beschluss, die Zeitumstellung in der  
15 Europäischen Union abzuschaffen. Da der Verlauf der Tageszeiten aufgrund der  
16 geographischen Ausdehnung des europäischen Kontinents von Lissabon bis Helsinki  
17 stark variiert, ist eine generelle Regelung schwierig zu treffen, weshalb die europäische  
18 Kommission den Mitgliedsstaaten die Entscheidung überlies, ob eine ewige Winter-  
19 oder Sommerzeit eingeführt werden soll. Dabei sind neben dem natürlichen Tagesgang  
20 der Sonne auch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen, etwa im  
21 grenzüberschreitenden Verkehr, zu berücksichtigen.

22  
23 Hierbei ist es für Deutschland sinnvoll, sich in Absprache mit unseren Nachbarländern  
24 für die Einführung der ewigen Winterzeit einzusetzen. Die ewige Winterzeit entspricht  
25 am ehesten dem natürlichen Tagesgang der Sonne in Mitteleuropa, da die  
26 Mitteleuropäische Winterzeit die *Wahre Ortszeit* des 15° Grades östlicher Länge, etwa  
27 die geographische Länge von Görlitz, ist, während die Mitteleuropäische Sommerzeit  
28 der *Wahren Ortszeit* entlang des Nullmeridians, also der *Wahren Ortszeit* Londons,  
29 entspricht. Da alle Orte östlich von Freiburg im Breisgau näher an der geographischen  
30 Länge Görlitz als am Nullmeridian liegen, kommt eine Einführung der ewigen Winterzeit  
31 dem natürlichen Zustand, dass gegen 12 Uhr der Sonnenhöchststand erreicht wird, am  
32 nächsten.

33  
34 Das Leben in der „falschen“ Zeitzone hat aus Sicht der Schlafforschung gravierende  
35 Auswirkungen auf den Wach-Schlaf-Rhythmus und damit auf Wohlbefinden und die  
36 menschliche Gesundheit, wie auch gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Folgen.  
37 Bei der Einführung der ewigen Sommerzeit würde am 21. Dezember in Flensburg die  
38 Sonne erst um 09:44 Uhr aufgehen und Schulkinder über mehrere Monate im Dunkeln  
39 auf dem Schulweg unterwegs sein. Darüber hinaus zeigen Erfahrungen aus Russland,  
40 wo von 2011 bis 2014 die ewige Sommerzeit herrschte, die dramatischen Folgen: ein  
41 Anstieg von Depressionen und Unfällen, einen Rückgang der Aufnahmefähigkeit von  
42 Schüler\*innen und einen Rückgang des BIPs – selbst eine sinkende Geburtenrate wird  
43 mit der ewigen Sommerzeit in Verbindung gebracht.

## 1 Keine Genehmigungen für Ponykarusselle

2  
3

4 Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die  
5 Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

6  
7

### 8 **Forderung**

9

10 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Hamburger Senat wirken auf ein Verbot von  
11 Ponykarussellen auf öffentlichen Flächen, insbesondere dem Hamburger DOM, hin. Dafür soll  
12 die Dom-Verordnung angepasst werden, sodass die Genehmigungen für entsprechende  
13 Schaustellerbetriebe entzogen bzw. nicht erteilt werden.

14  
15

### 16 **Begründung**

17

18 Die Präsentation von Wildtieren zum Vergnügen ist in einer modernen und umweltbewussten  
19 Metropole wie Hamburg nicht mehr zeitgemäß. Zahlreiche Demonstrationen, Protestaktionen,  
20 Bürgerinitiativen und Petitionen zeigen, dass Tierschutz im 21. Jahrhundert nicht mehr nur ein  
21 Thema von Einzelnen, sondern von gesamtgesellschaftlichem Interesse ist. Ponykarusselle  
22 fügen den Tieren ohne notwendigen Grund körperliche und psychische Schäden zu. Das lange  
23 Stehen ohne Pause zieht besonders die Wirbelsäule der Pferde in Mitleidenschaft und  
24 verursacht chronische Haltungsschäden. Die Menschenmassen und der Lärmpegel auf dem  
25 Dom sorgen zusammen mit dem langem im Kreis drehen für psychische Erkrankungen der  
26 Tiere. Gleichzeitig vermitteln Ponykarusselle Kindern ein falsches Bild vom Umgang mit Tieren.  
27 So lernen die Kinder, anders als zum Beispiel auf echten Reitpferden, weder das Reiten noch  
28 den richtigen Umgang mit Tieren.

29

30 Die SPD hat sich im letzten Jahr bereits gegen Zirkustierhaltung ausgesprochen und in  
31 mehreren Städten und Gemeinden sind Ponykarusselle bereits verboten bzw. dort werden  
32 keine öffentlichen Flächen mehr an die entsprechenden Schaustellerbetriebe vergeben. Es ist  
33 an der Zeit, dass auch Hamburg Verantwortung für einen zeitgemäßen Tierschutz übernimmt  
34 und Flächen nicht mehr an diese entsprechenden Schausteller\*Innen zu vergeben.

## 1 Digitale Polizei

2  
3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den  
5 Landesparteitag der SPD Hamburg beschließen:

### 8 **Forderung:**

9  
10 Wir fordern die SPD-Bürgerschaftsfraktion und die Mitglieder der SPD im Senat auf, darauf  
11 hinzuwirken, dass der Entwurf des Dritten Gesetzes über die Änderung polizeirechtlicher  
12 Vorschriften in der aktuellsten Fassung wie folgt geändert wird:

- 13  
14 A. § 1. Automatisierte Datenanalyse soll konkretisiert werden zur „automatisierte  
15 Auslese und (Ergebnis-)Darstellung verschiedener Datenbanken bezüglich  
16 personenbezogener Daten.“
- 17 2. Der Wortlaut der Eingriffsschwelle „Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhalt  
18 im öffentlichen Interesse geboten ist“ ist durch den „kritische Infrastrukturen“ zu  
19 ersetzen.
- 20  
21 B. § 35 III 4 ist zu ersetzen durch „Die Erforderlichkeit der Speicherung ist bei jedem  
22 Eintrag, sowie spätestens nach dem Ablauf von drei Jahren erneut zu prüfen.“
- 23  
24 C. Der Regelungsgehalt der §§ 72 ff. ist dahingehend anzupassen, dass dem  
25 HmbBfDI nicht ausschließlich das Recht zur Beanstandung von Verstößen gegen  
26 das Gesetz und der Beschreitung des Rechtsweges eingeräumt wird, sondern er  
27 seine bestehende Anordnungsbefugnis im Bezug auf Verstöße gegen  
28 Datenschutz- und Informationsrechtliche Bestimmungen behält.

### 29 30 **Begründung:**

#### 31 32 A. Konkretisierung des Anwendungsbereiches und der Eingriffsschwelle

33 Zweck der Norm soll sein, die Durchsuchung und Darstellung von Zusammenhängen und  
34 Datensätzen aus verschiedenen Datenbanken zu ermöglichen. Die Ermächtigungsgrundlage  
35 des § 49 I erfasst durch ihren unklaren Wortlaut jedoch auch über diese Anwendung  
36 hinausgehende Sachverhalte. Der Begriff der automatisierten Datenanalyse ist daher dem  
37 Zweck der Norm anzupassen.

38 Die Eingriffsschwelle „Sachen von bedeutendem Wert, deren Erhalt im öffentlichen Interesse  
39 geboten ist“ wird der Tragweite der Norm nicht gerecht. Sachen von bedeutendem Wert wird  
40 zum Teil weit ausgelegt. Durch den Straftatbestand der Sachbeschädigung wird deutlich, dass  
41 auch der Erhalt von Privatsachen im öffentlichen Interesse geboten ist. Damit der Schutz von  
42 beliebigem Privateigentum nicht als Eingriffshürde genügt, ist der Begriff durch den der  
43 kritischen Infrastruktur zu ersetzen.

#### 44 45 B. § 35 III: Speicherdauer

46 § 35 regelt die Dauer der Speicherfristen für personenbezogene Daten. In § 35 III wird dabei  
47 eine „Mitziehregelung“ geschaffen: Die Speicherfrist für sämtliche personenbezogenen Daten  
48 endet mit Ablauf der Frist, die als letztes endet. Unabhängig voneinander erhobene Daten  
49 können demnach u.U. für wesentlich länger als die in Abs. 1 und 2 festgesetzten Fristen

50 gespeichert werden. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn durch diese Regelung  
51 für die strafrechtliche Gefahrenabwehr unerhebliche Daten etwa bzgl. zuvor begangener  
52 "Bagatelldelikte" unverhältnismäßig lange gespeichert werden. Entsprechende Häufungen von  
53 Einträgen können leicht zu einer Stigmatisierung der Betroffenen führen - aus ebendiesem  
54 Grund gilt für derlei Delikte eine verkürzte Speicherfrist. Grundsätzlich ist das Ansinnen,  
55 vorhandene Daten über kriminelle Aktivitäten Einzelner zu speichern, soweit diese im  
56 Zusammenhang mit anderen bereits gespeicherten oder neu erhobenen Daten stehen und sich  
57 durch die Zusammenhänge relevante Erkenntnisse ergeben, verständlich. Hier bedarf es daher  
58 einer Erforderlichkeitsprüfung bei jeder Verlängerung der Speicherfrist."

59

#### 60 C. §§ 72ff.: Erhalt und Ausbau der Befugnisse des HmbBfDI

61 Auch die Beschneidung der Befugnisse des Hamburger Beauftragten für Datenschutz in den  
62 §§ 72 ff. halten wir für bedenklich: Der HmbBfDI hat die Aufgabe, die Einhaltung Datenschutz-  
63 und Informationsrechtlicher Standards durch die Hamburger Verwaltung zu überwachen. Das  
64 Inkrafttreten der umfangreichen DSGVO und der JI-Richtlinie sowie die rasante Entwicklung  
65 von Technologien zur Erhebung und Analyse personenbezogener Daten macht diese Aufgabe  
66 zentral zur Wahrung der Bürgerrechte in Hamburg. Deshalb sollte das Vertrauen in die  
67 Rechtmäßigkeit des Handelns des HmbBfDI die Regel darstellen, das Gesetz muss dieses  
68 Vertrauen widerspiegeln. Bei einem Dissens zwischen dem HmbBfDI und der Polizei muss  
69 zunächst die datenschutzrechtliche Expertise des HmbBfDI verfahrensbestimmend sein.

70

71

72

**1 Antragstitel: Antrag zur Kennzeichnung von „Bots“**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung und seinerseitigen  
4 Befassung mit dem Thema folgenden Forderung zu prüfen und einen Beschluss zu fassen:

5

**6 Forderung:**

7

8 Wir fordern, dass ab sofort in ganz Deutschland und in allen EU-Staaten sämtliche »Bots« als  
9 jene zu kennzeichnen sind. Ein Verstoß jenes Gesetzes soll strafrechtlich verfolgt werden.

10

**11 Begründung:**

12

13 Seit der Entstehung digitaler Netzwerke zur öffentlichen Kommunikation gibt es Menschen, die  
14 jenes Medium nutzen, um demokratiefeindliches Gedankengut und nationalsozialistische  
15 Propaganda zu verbreiten. Später entwickelten Amateurprogrammierer automatisierte  
16 Programme, die als echte Menschen getarnt in sozialen Netzwerken und in Chats Verbraucher  
17 dahingehend beeinflussten, eben genannten Programmierer finanziell zu bereichern. Sowohl  
18 das eine als auch das andere sind in nahezu allen Teilen der Welt Straftaten, die in den meisten  
19 Fällen mit einer Haftstrafe geahndet werden. Heute gibt es ein Konzept, das beide Phänomene  
20 in sich vereint: Die Nutzung von Bots zur Verbreitung von Fake News und  
21 nationalsozialistischen Gedankenguts, Aufruf zur Volksverhetzung und Unterstützung  
22 populistischer Propaganda. In vielen Fällen können Nutzer auf Grund der knappen Beiträge  
23 nicht zwischen K.I. (künstliche Intelligenz) und realem Menschen unterscheiden. Das trägt dazu  
24 bei, dass leichtgläubige Menschen und Kinder besonders anfällig für jene ungefilterten,  
25 demokratiefeindlichen Inhalte sind.

26 Ende Mai 2018 entschied sich der Senat Kaliforniens (USA) mehrstimmig für einen  
27 Gesetzesentwurf (SB 1001) zur sichtbaren Identifizierung von Bots. Infolgedessen trat das  
28 Gesetz in Kraft, dass jeden Bürger der Vereinigten Staaten unter Strafe stellen würde, der  
29 vorsätzlich Menschen einer K.I. aussetzt, die nicht eindeutig als jene zu identifizieren ist. Selbst  
30 in Videochats (digitale Konversation mit Echtzeit-Bildübertragung) müssen sich Bots, die  
31 Aufzeichnungen von echten Menschen zur Täuschung nutzen, zu erkennen geben. Damit  
32 werden nicht nur erwachsene Verbraucher geschützt, sondern auch Kinder und kognitiv  
33 beeinträchtigte Menschen. Wir empfehlen daher, ein Gesetz zu erarbeiten und zu  
34 verabschieden, das auch in Deutschland und in allen EU-Mitgliedsstaaten die Bürger vor Betrug  
35 und Verhetzung im Internet schützt.

## 1 Einführung eines Studium Generale

2  
3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zum Beschluss und zur  
5 Berücksichtigung im Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl an den SPD Landesparteitag  
6 weiterleiten:

### 9 **Forderung:**

10  
11 Die Bürgerschaftsfraktion der SPD möge sich dafür einsetzen, dass der rechtliche Rahmen  
12 geschaffen wird, der die Einführung eines Studium Generale an den Hamburger Hochschulen  
13 ermöglicht. Dieses soll Studierenden die Möglichkeit geben auf freiwilliger Basis, vor ihrem  
14 Fachstudium zwei Semester frei an der Hochschule zu studieren und fachübergreifend  
15 Vorlesungen und Seminare zu besuchen.

16 Es soll weiterhin sichergestellt werden, dass dieses Angebot vom BAföG abgedeckt wird und  
17 die Dauer des BAföG-Anspruchs während des Fachstudiums nicht einschränkt.



### 20 **Begründung:**

21  
22 Ein Studium Generale, welches den Studierenden vor ihrem eigentlichen Fachstudium die  
23 Möglichkeit gibt, universitätsweit Kurse zu belegen, hat mehrere positive Aspekte.

24  
25 Viele Menschen beenden die Schule, ohne dass sie schon wissen, was sie eigentlich  
26 studieren wollen. Dies führt nicht selten dazu, dass sie erstmal irgendetwas anfangen, was  
27 interessant klingt, später jedoch feststellen, dass sie sich etwas eigentlich anderes vorgestellt  
28 hatten. Ebenfalls kann vorkommen, dass sie mit dem universitären Ausmaß ihres Fachs über-  
29 oder unterschätzt haben und dann unter- oder überfordert sind. Beides führt in den meisten  
30 Fällen dazu, dass sie ihr Studium abbrechen oder das Fach wechseln, weil sie im Rahmen  
31 ihres freien Wahlbereichs in anderen Instituten Kurse belegt haben und festgestellt haben,  
32 dass dies eher ihren Lernzielen entspricht. Hier geht wertvolle Lebenszeit verloren. Gerade  
33 auch wenn Studierende vom BAföG abhängig sind und sie die schwere Entscheidung zu  
34 wechseln erst spät treffen, kann dies das Erlangen eines Hochschulabschlusses gefährden.

35  
36 Ein Studium Generale schafft hier Abhilfe. Die Studierenden können alle ihre Interessen über  
37 zwei Semester nach eigener Schwerpunktlegung verfolgen und sich am Ende qualifiziert für  
38 die Spezialisierung in einem Fachstudium entscheiden. Sie sind dann mit den Anforderungen  
39 des Faches schon vertraut und wissen, welche Themen auf sie zukommen. Wenn sie die  
40 Entscheidung schon während des Studium Generale getroffen haben und vermehrt Kurse im  
41 Fach belegt haben, können sie diese anrechnen und haben so auch Zeit gespart. Die  
42 Abbrecherquote wird aller Wahrscheinlichkeit nach sinken.

43  
44 Ein weiterer positiver Aspekt ist die Entzerrung des Studiums, da zwei Semester Zeit besteht,  
45 sich an das Hochschulleben zu gewöhnen, das eigene Wissen in mehrere Richtungen zu  
46 erweitern und soziale Kontakte (für viele: in der neuen Stadt) aufzubauen. Ein Studium  
47 Generale kann in diesem Sinne nicht rein ökonomischen Verwertungslogiken untergeordnet  
48 werden und entspricht so viel mehr dem in der Hochschule eigentlich angestrebten  
49 Humboldt'schen Bildungsideal. Die Studierenden können so auch schon vor Beginn ihres  
50 Studiums lernen, fachübergreifende Zusammenhänge zu erkennen und zu verbinden.



52 Zu guter Letzt trifft die Idee des Studium Generale in Hamburg auf besonders fruchtbaren  
53 Boden, da auch der Präsident der UHH, Prof. Dr. Dieter Lenzen, sich in einigen seiner  
54 erziehungswissenschaftlichen Schriften bereits für ein Studium Generale ausgesprochen hat.  
55 Diesen Studiengang unter der hier vorhandenen Expertise einzurichten, würde Hamburgs  
56 herausragende, man möchte sagen: exzellente Stellung in der deutschen  
57 Hochschullandschaft weiterentwickeln und festigen.



## 1 **Antragstitel: Antrag zum absoluten Verbot von Bisphenol A**

2  
3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
4 Landesparteitag beschließen:

### 5 6 **Forderung:**

7  
8 Wir fordern, dass in keinem Produkt auf dem deutschen (und europäischen) Markt die Substanz  
9 Bisphenol A enthalten sein darf. Der prozentuale Anteil von Bisphenol A muss in Lebensmitteln,  
10 Verpackungen und Beschichtungen 0 % betragen und darf in keinem Fall jenen Richtwert  
11 überschreiten. Dieser Gesetzesentwurf soll am 01.01.2021 in Kraft treten. Damit ergibt sich eine  
12 angemessene Zeit zur Verdrängung sämtlicher gefährdeter Produkte und zur Umrüstung  
13 sämtlicher Unternehmen, die davon betroffen sind. Verstöße stehen mit in Krafttreten jenes  
14 Gesetzes rechtlich unter Strafe.

### 15 16 **Begründung:**

17  
18 Aus der chemischen Verbindung Bisphenol A (BPA) wird der Kunststoff Polycarbonat  
19 hergestellt, der seit den 1950er Jahren unter anderem für Behälter (Flaschen, Tüten etc.) von  
20 Lebensmittel und Getränke verwendet sowie zur Herstellung von Innenbeschichtungen von  
21 Getränke- und Konservendosen eingesetzt wird. Thermopapiere, die unter anderem als  
22 Kassenbons, Fahrkarten und Parktickets Verwendung finden, enthalten Bisphenol A. Im  
23 Dezember 2015 hat die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) einem Vorschlag  
24 zugestimmt, die Verwendung von Bisphenol A in Thermopapieren zukünftig zu beschränken.  
25 Diesem Vorschlag hat die EU-Kommission im Juli 2016 zugestimmt, ab Januar 2020 ist die  
26 Verwendung von Bisphenol A in Konzentrationen von mehr als 0,02 % in Thermopapier  
27 verboten. Bisphenol A wurde im Juni 2016 als reproduktionstoxisch (Kategorie 1B nach der  
28 CLP-Verordnung) eingestuft und anschließend im Januar 2017 aufgrund dieser Einstufung als  
29 besonders besorgniserregende Substanz (SVHC) nach der REACH-Verordnung identifiziert.  
30 Im Juni 2017 erfolgte für den Stoff eine erneute SVHC-Identifizierung aufgrund seiner  
31 Eigenschaften als sogenannter »Endokriner Disruptor« für die menschliche Gesundheit. Als  
32 endokrine Disruptoren werden hormonell schädigende Stoffe bezeichnet.

33 Am 15.01.2018 aktualisierte ECHA den Eintrag für Bisphenol A und identifizierte die chemische  
34 Verbindung zusätzlich als besonders besorgniserregend wegen seiner schädlichen Wirkungen  
35 auf das Hormonsystem von Menschen und Umweltorganismen. Aktuell steht Bisphenol A auch  
36 unter dem Verdacht, der Auslöser für Molaren-Inzisiven-Hypomineralisation (MIH) – auch als  
37 Kreidezahn-Syndrom bekannt – zu sein. MIH ist eine immer häufiger auftretende Erkrankung,  
38 die schon im Kindesalter zum porösen Zerfall der Zähne führt und nicht nur Milchzähne, sondern  
39 auch das bleibende adulte Gebiss befällt. Da mit dem wachsenden Gebrauch von Bisphenol A  
40 in der Industrie auch das Vorkommen von MIH bei unter 12 Jahre alten Kinder in Deutschland  
41 auf bis zu 29 % gestiegen ist, testeten Wissenschaftler die toxische Substanz an Ratten und  
42 stellten fest, dass die Zähne jener Testsubjekte porös wurden, zerbrachen und/oder ausfielen.  
43 Aufgrund dessen entschied schon 2015 die französische Regierung, die gesundheitsschädliche  
44 Substanz Bisphenol A per Gesetz in ganz Frankreich zu verbieten. Ganz Europa – und allem  
45 voran Deutschland – sollten sich ein Beispiel an unseren gesundheitsbewussten Nachbarn  
46 nehmen und den billig zu produzierenden Weichmacher gänzlich aus dem freien Markt  
47 verbannen.

1 **Krankenhäuser in städtischen Besitz nehmen – Neubauten von**  
2 **Krankenhäusern städtisch umsetzen**

3  
4  
5 **Forderung:**

6  
7 Der Senat wird aufgefordert einen konkreten Plan zu entwickeln, wie die ehemaligen  
8 städtischen Krankenhäuser von der Stadt Hamburg zurückgekauft werden können.

9  
10 Insbesondere müssen die Planungen von Krankenhaus-Neubauten wie der geplante  
11 Neubaus des AK Altona unter Federführung von Asklepios in ihrer jetzigen Form auf  
12 den Prüfstand. Es ist ein Plan zu entwickeln, wie derartige Neubauten aus städtischer  
13 Hand realisiert werden kann.

14  
15 **Begründung:**

16  
17 Die Gesundheit der Bevölkerung ist eine Kernaufgabe des Staates. Die  
18 flächendeckende Gesundheitsversorgung in qualitativ hochwertigen und gut  
19 ausgestatteten Krankenhäusern sollte als Teil einer starken öffentlichen  
20 Daseinsvorsorge daher vom Staat wahrgenommen werden.

21  
22 Für den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses Altona beispielsweise sollen hohe  
23 Millionenbeträge an Steuermitteln aufgewendet werden. Es ist nicht nachvollziehbar,  
24 warum dieser danach einem gewinnorientierten Unternehmen  
25 wie Asklepios übertragen werden soll.

26  
27 Asklepios hat einen zunehmend schlechten Ruf und war in den vergangenen Jahren  
28 immer wieder aufgrund von Mitarbeiterbeschwerden über sich verschlechternde  
29 Arbeitsbedingungen, schlechte Bezahlung, hoher Fluktuation an Mitarbeitern in den  
30 Schlagzeilen.

31  
32 Als Gewinnziel des Konzerns wurden 12 % des Umsatzes jährlich angegeben, und es  
33 ist nicht ersichtlich, warum aus Steuergeld mit einem Neubau zum Erreichen dieses  
34 Ziels beigetragen werden soll.

35  
36 Vor diesem Hintergrund erscheint die Uniklinik Eppendorf als städtischer Partner als  
37 der deutlich geeignetere Partner Neubauten und die qualitativ hochwertige  
38 Versorgung von Patientinnen und Patienten zu gewährleisten.

39

## Für die Förderung von Car- und Ridesharing

Der Landesparteitag möge zur Berücksichtigung im Wahlprogramm für die Bürgerschaftswahl 2020 beschließen:

### Forderung

1. Die HVV App wird im Sinne einer Mobilitätsplattform erweitert, so dass Angebote für Mitfahrgelegenheiten im Bereich des HVVs eingestellt werden können;
2. Die SPD Hamburg setzt sich bei den aktuellen Verhandlungen zur Reform des Personenbeförderungsgesetzes dafür ein, dass Möglichkeiten eingeführt werden, um Carsharing Angebote wie ioki, Car2Go/ShareNow, Moia und Clevershuttle zu verpflichten, ihr Geschäftsgebiet nach einer Einstiegsphase auf das gesamte Stadtgebiet auszuweiten.

### Begründung

Wir wollen einen Anreiz zur ökologischen Nutzung von Autos durch Ridesharing setzen: Die HVV App oder eine ähnliche App soll es im Sinne einer Mobilitätsplattform ermöglichen, dass man auch Angebote für Mitfahrgelegenheiten im Bereich des HVVs einstellen kann. Personen, die mit der App ihre Wege planen, können dann direkt einen Mitfahrerplatz buchen, wodurch auch stauträchtiger Einpersonenverkehr vermieden wird.

Wir begrüßen die Schaffung von mehr Carsharing und Ridesharing Plattformen als Chance für ökologischeren Autoverkehr. Wer öffentliches Verkehrsmittel sein will, muss allerdings auch die ganze Öffentlichkeit bedienen. Wir fordern, dass sich die SPD Hamburg dafür einsetzt, dass Carsharing Angebote wie Car2Go/ShareNow, Moia und Clevershuttle ihr Geschäftsgebiet nach einer Einstiegsphase verpflichtend auf das gesamte Stadtgebiet ausweiten.

**Juicer – Unicorns – Hunter – Range: Arbeitnehmerrechte stärken bei E-Scootern!**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD beschließen

**Forderung:**

Die Bundestagsabgeordneten der SPD sollen sich für die folgenden Punkte einsetzen:

1. Die Überprüfung der Arbeitnehmereigenschaft im Sinne des § 611a Abs. 1 BGB der einzelnen Beschäftigten und falls diese vorliegt, die konsequente Durchsetzung der Arbeitnehmerschutzvorschriften. Dieser Schattenarbeitsmarkt, der der Ausbeutung Tür und Tor öffnet, muss unterbunden werden.
2. Die Überprüfung und Verbesserung der Beschäftigungsbedingungen der Mitarbeiter von E-Scooter-Anbietern, insbesondere die Bereitstellung der Arbeitsmittel vom Arbeitgeber (Transportmittel, Strom, Abstellplatz usw.) und die Einführung von Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschlägen für die Beschäftigten.



**Begründung:**

Die Akkus der E-Roller müssen naturgemäß aufgeladen werden. Schillernden Jobbezeichnungen – wie Juicer, Unicorns, Hunter, Range – klingen dabei vielversprechend. Hinter den Bezeichnungen versteckt sich oftmals ein ganzes Bündel prekärer Arbeitsbedingungen in Form schlecht bezahlter Mikrojobs. Pro eingesammeltem, aufgeladenem und wieder aufgestelltem Elektro-Roller verdienen die Mitarbeiter maximal fünf Euro - eine Arbeit ohne soziale Absicherung und einem Verdienst unterhalb des Mindestlohns. Dabei sind die Menschen, die leer gefahrenen E-Scooter über Nacht einsammeln und aufladen formal selbstständig, sie müssen ein Kleingewerbe anmelden. Mit dieser Methode werden Arbeitnehmerrechte wie der Mindestlohn umgangen. Zudem muss der gesamte Ladeprozess mit eigenen Mitteln finanziert werden. Dazu zählen ein eigenes Fahrzeug plus Benzin, das Smartphone sowie ein eigener Abstellraum mit Strom zum Aufladen. Diese Arbeitsbedingungen müssen verbessert und die Anbieter von E-Scooter in die Verantwortung aufgenommen werden.

Die beschriebenen Arbeitsbedingungen bei dem Anbieten von E-Scootern sind kein Einzelfall im sich ausweitenden Bereich der digitalen Plattformarbeit. Es müssen Mechanismen gefunden werden, um der Entstehung eines digitalen Prekariats zu begegnen. Aus diesem Grund soll geprüft werden, inwieweit Arbeits- und Sozialrecht an digitale Formen der Arbeit angepasst werden soll. Denkbar wäre:

- Bereitstellung der Arbeitsmittel vom Arbeitgeber (Fahrzeug, Strom, Abstellplatz etc.)
- Nacht-, Sonn- und Feiertagszuschläge für die Beschäftigten
- Soloselbstständige im Bereich der Plattformökonomien besser für das Alter absichern
- Den Arbeitnehmerbegriff insgesamt besser abgrenzen und den Arbeitgeber in die Pflicht nehmen. Über eine umgekehrte Nachweispflicht sollte dieser belegen, ob es sich um Arbeitnehmer oder Selbständige handelt

Die Digitalisierung des Wirtschafts- und Arbeitslebens führt zu einer Veränderung von Beschäftigungsformen (Soloselbstständigkeit, Werkvertragsarbeit, Leiharbeit, Crowdfunding,



51 Clickworking). Die Anpassung des Arbeitsrechts auf diese Herausforderungen ist zwingend  
52 erforderlich, damit aus digitaler Arbeit sozial gerechte digitale Arbeit wird.

1 **E-Scooter umweltfreundlicher und sicherer machen!**

2

3 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an die  
4 Hamburgischen Abgeordneten im Deutschen Bundestag beschließen:

5

6

7 **Forderung:**

8

9 Die Bundestagsabgeordneten der SPD sollen sich für die folgenden Punkt einsetzen:

10

11 Den Anbietern von sogenannten E-Scootern soll in Zukunft aufgegeben werden, die E-Scooter  
12 so konstruieren zu lassen, dass sie auch langfristig halten und nicht nach 30 Tagen entsorgt  
13 werden müssen.

14

15 **Begründung:**

16

17 E-Scooter bergen eine große Chance, die Emissionen im Verkehr zu senken und unser aller  
18 Mobilität damit umweltverträglicher zu machen. Gleichzeitig gibt es auch noch viele  
19 Schwierigkeiten mit dieser jungen Technologie, die geregelt werden müssen, damit die E-  
20 Scooter tatsächlich als wertvolle und umweltfreundliche Ergänzung zu den bereits bestehenden  
21 Mobilitätsangeboten fungieren können. Nur kurz haltende (mitunter umweltschädlich  
22 produzierte) Akkus und lange Fahrten mit herkömmlichen Autos, um leergefahrene E-Scooter  
23 am Ende des Tages wieder einzusammeln untergraben deren Umweltfreundlichkeit und treiben  
24 den CO2 Ausstoß wieder in die Höhe. Diese Praktiken müssen beendet werden, wenn der E-  
25 Scooter umweltfreundlich sein soll.

## 1 Bepflanzte Bushaltestellen für bessere Luft

2  
3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesparteitag beschlossen:

### 8 **Forderung:**

9  
10 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich für die flächendeckende Begrünung von  
11 Hamburger Bushaltestellen nach dem Utrechter Beispiel einzusetzen, um das städtische  
12 Mikroklima zu verbessern und Artenvielfalt zu fördern.

13  
14 Darüber hinaus wird die SPD-Bürgerschaftsfraktion aufgefordert, dass bei der Umsetzung  
15 dieses Vorhaben Setzkästen mit pflegeleichten Pflanzen verwendet werden, die einfach in  
16 modularerweise zusammengefügt werden können.

17  
18 Zudem setzt die SPD Hamburg sich künftig für eine umfangreiche ökologische Nutzung von  
19 öffentlichen Parkflächen ein.

20 Hierfür sollen insbesondere die Gebäude der öffentlichen Hand daraufhin überprüft werden, ob  
21 und inwieweit öffentliche ökologische Angebote für Nachbarschaften geschaffen werden  
22 können. Insbesondere soll in einem Pilotprogramm Urbang-Gardening auf Schulen erprobt  
23 werden.

### 26 **Begründung:**

27  
28 Die hohe Konzentration von Treibhausgasemissionen in Städten durch Industrie, Verkehr, etc.  
29 schadet allen dort ansässigen Lebewesen. Nicht nur Menschen leiden unter der schlechten  
30 Luft, auch Pflanzen und Tiere.



31 Dem wirken die auf den Fahrgastunterständen angelegten Pflanzen durch die Aufnahme von  
32 Kohlenstoffdioxid und Abgabe von Sauerstoff entgegen.

33  
34  
35 Die Bepflanzung von Fahrgastunterstände hat außerdem einen positiven Effekt auf die  
36 Artenvielfalt, da die Pflanzen von Bienen und anderen Insekten als Lebensraum und  
37 Nahrungsquelle genutzt werden können.

38  
39  
40 Zur Bepflanzung könnten beispielsweise Sedumarten genutzt werden, wie es in Utrecht bereits  
41 der Fall ist. Diese auch Mauerpfeffer genannten Dickblattgewächse dienen durch ihre während  
42 der Sommermonate blühenden gelben Blüten der Verschönerung des Stadtbildes, sie sind auch  
43 gute CO2 Speicher.

44  
45  
46 Die Instandhaltung wird von der Stadt übernommen. Da Sedumpflanzen jedoch hervorragende  
47 Wasserspeicher sind und außerdem unempfindlich auf Extremtemperaturen reagieren, sind  
48 Pflegeaufwand und die Instandhaltungskosten verhältnismäßig gering.

49  
50 Um die Kosten der Dachbegrünung dauerhaft zu senken soll dieses Vorhaben zum Anlass  
51 genommen werden, die Dachbegrünung zu standardisieren. Bis jetzt wird jedes Vorhaben in



52 einem Modellprojekt umgesetzt. Das heißt, es wird ein Ingenieurbüro mit der Planung  
53 beauftragt, die Planung wird anschließend geprüft und dann wird ein entsprechendes  
54 Unternehmen mit der Umsetzung der Planung beauftragt. Dieses Vorgehen ist kosten- und  
55 zeitintensiv und verhindert eine großflächige Dachbegrünung. Die Industrie begegnet diesem  
56 Problem immer mit der gleichen und richtigen Lösung: Standardisierung! Dies muss auch hier  
57 geschehen. Deshalb schlagen wir vor eine öffentliche Ausschreibung für die Entwicklung und  
58 Fertigung von Setzkästchen mit den oben genannten Pflanzen zu starten, die immer in der  
59 gleichen Größe und Gewichtsklasse gefertigt und geliefert werden können. Diese Module  
60 können nachher industriell gefertigt und unabhängig von der Dachgröße bestellt werden, ohne  
61 dass eine Planung notwendig ist. Bei bekannter Belastungsgrenze der Bushaltestellen ist somit  
62 eine kostengünstige und schnelle Verbesserung des Stadtklimas machbar!



## 1 Schaffung von Rahmenbedingungen zur Herstellung und 2 zum Vertrieb von synthetisch hergestelltem Fleisch

3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD-  
5 Landesparteitag beschließen:

### 6 7 **Forderung:**

8  
9 Wir fordern, dass die Herstellung und der Vertrieb synthetischen Fleisches – auch als In-vitro-  
10 Fleisch bekannt – in Deutschland erlaubt und klar geregelt wird.

11  
12 Synthetisch hergestelltes Fleisch muss dabei klar gekennzeichnet werden und die gleichen  
13 hygienischen Standards wie herkömmliche Fleischprodukte erfüllen.

14 Zur Kennzeichnung soll eine eindeutige, gesetzlich vorgeschriebene Bezeichnung (Z. B. das  
15 Akronym SyMe Synthetic Meat = deutsch »Synthetisches Fleisch«) dienen und auf  
16 Verpackungen sowie Lieferscheinen und sonstigen Nachweisen des In-vitro-Fleisches sichtbar  
17 abgedruckt werden.

18 Ebenso muss – wie bei jedem anderen Fleischprodukt auch – der Ursprungsort (Labor) und  
19 Chargennummer vermerkt werden.

### 20 21 **Begründung:**

22  
23 Der Fleischkonsum der Menschen in Deutschland ist immens. Die Produktion dieses  
24 herkömmlichen Fleisches hat erhebliche Auswirkungen auf die Umwelt (CO<sub>2</sub>-/Methanausstoß,  
25 Wasserreserven, Urwaldabholzung zur Gewinnung von Weide- und Ackerflächen zur  
26 Ernährung der Tiere, Überfischung). Zusätzlich ist die Fleischproduktion – besonders im  
27 industriellen Maßstab – mit Tierquälerei und nicht tiergerechter Haltung verbunden.  
28 Tierseuchen, die immer wieder zu Massenschlachtungen geführt haben, gehören mit In-vitro-  
29 Fleisch ebenfalls der Vergangenheit an.

30 Im Bezug auf die Gesundheit der Bevölkerung kann synthetisches Fleisch durch die bessere  
31 Beeinflussbarkeit der gewünschten und unerwünschten Inhaltsstoffe (wie z. B. ungesunde  
32 Fette, Medikamentenrückstände oder Gifte) ebenfalls Vorteile bringen.

33  
34 In-vitro-Fleisch kann helfen, die negativen Auswirkungen des herkömmlichen Fleisches zu  
35 bekämpfen. Deutschland sollte auf diesem Gebiet deshalb eine Vorreiterrolle einnehmen und  
36 Standards setzen.

## 1 Das Hamburg der 2020er gestalten

2  
3  
4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesparteitag beschließen:

### 6 **Forderung:**

7  
8  
9 Unsere Vision für das Hamburg der 2020er Jahre ist eine Stadt, die für die Menschen gebaut  
10 ist und die Mobilität für alle sicherstellt, eine Stadt, die für eine hohe Aufenthaltsqualität im  
11 Freien sorgt und von einem florierenden innerstädtischen Einzelhandel geprägt ist. Eine Stadt,  
12 die nach diesen Prämissen geplant, gebaut und gelebt wird, verstehen wir als sozial gerecht,  
13 nachhaltig und fortschrittsorientiert, also zutiefst sozialdemokratisch.

14  
15 Hierfür wollen wir an die städtebaulichen Erfolgsprojekte der Vergangenheit und Gegenwart,  
16 wie die HafenCity, den Wilhelmsburger Inselpark oder den Harburger Binnenhafen anknüpfen  
17 und diese für die Gesamtstadt weiterdenken. In der Vergangenheit standen vor allem  
18 städtebauliche Projekte im Vordergrund, ohne diese immer mit einem umfassenden modernen  
19 Mobilitätskonzept für das 21. Jahrhundert zu flankieren, das auf einer gleichberechtigten  
20 Verkehrspolitik zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern beruht. Im Hamburg der 2020er  
21 Jahre werden wir uns vom Leitbild der funktionalen Stadt, welches den motorisierten  
22 Individualverkehr in den Vordergrund stellt, abwenden und dem Leitbild der lebendigen Stadt,  
23 welches das öffentliche Leben vom Kind bis zum Greis in den Mittelpunkt aller Planungen stellt,  
24 zuwenden. Damit schaffen wir Raum für neue Konzepte der Stadtentwicklung und für neue  
25 Entwürfe für öffentliche Räumen wie auch für die Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte

26  
27 Der öffentliche Raum soll bewusst als lebenswerter Raum gestaltet werden und  
28 klimafreundlichere Verkehrsträger sollen die zentrale Rolle im Verkehrssystem zugewiesen  
29 werden. Insbesondere ein guter und bezahlbarer ÖPNV ist für uns als SPD zentral, um günstige  
30 und klimafreundliche Mobilität durch das ganze Stadtgebiet zu ermöglichen. Freiwerdende  
31 Verkehrsflächen werden verstärkt zur Gewinnung von Wohnraum, Grünflächen und  
32 Aufenthaltsräumen genutzt.

33  
34 Mit diesem neuen Ansatz der Stadtplanung **steigern wir die städtische Lebensqualität,**  
35 **erhöhen die Mobilität aller, leisten einen Beitrag zum Klimaschutz** und **fördern die**  
36 **wirtschaftliche Entwicklung Hamburgs** – im Zentrum und am Stadtrand.

37  
38 Um diese Ziele zu erreichen, fordern wir ein Umdenken, wie wir **Stadtzentren** verstehen und  
39 denken, welche Rolle die **Magistralen** unserer Stadt spielen sollen und wie künftig welche  
40 **Mobilitätsformen** sichergestellt werden können.

### 41 42 43 **Innenstadt und Stadtzentren - Orte zum Leben**

44  
45 Die Innenstadt und die bezirklichen Zentren sind der Puls unserer Stadt. Sie sind  
46 Begegnungsräume für Menschen und verkörpern das urbane Lebensgefühl als Orte, an denen  
47 wir leben, lieben, arbeiten, uns verwirklichen oder auch einfach nur die Seele baumeln lassen.  
48 Wir wollen, dass die Zentren Hamburgs stärker an den Bedürfnissen der Hamburger\*innen  
49 ausgerichtet sind, weshalb wir uns für eine Verkehrsberuhigung der Zentren und für eine  
50 Aufwertung des umzugestaltenden öffentlichen Raums einsetzen. Für dieses Ziel sind  
51 verschiedene Maßnahmen wie Begrünungen, eine Förderung der Außengastronomie, eine

52 noch ambitioniertere Parkraumbewirtschaftung im öffentlichen Raum sowie eine smarte und  
53 konsequente Überwachung des ruhenden Verkehrs angemessen und ortsgerecht zu  
54 kombinieren.

55

56 Wir wollen die bestehenden Pilotprojekte am Rathausmarkt und in Ottensen als Vorbild  
57 nehmen, um zusammen mit Anwohner\*innen und Gewerbetreibenden Lösungen zu finden, wie  
58 wir die Innenstadt und die bezirklichen Zentren zu Aufenthalts- und Einkaufsorten für Familien,  
59 Senioren und Anwohner\*innen weiterentwickeln.

60 Parken in Hamburg muss grundsätzlich einen Preis haben. Wir setzen hierbei auf ein  
61 abgestuftes System: Wer als AnwohnerIn innerhalb des Ring 3 öffentlichen Raum in Anspruch  
62 nehmen will, um sein Auto abzustellen, muss eine Jahresgebühr zahlen. Für Tagestouristen  
63 werden Tagestickets angeboten. Soweit verwaltungstechnisch effizient realisierbar, ist bei den  
64 Gebühren je nach Schadstoffausstoß des Fahrzeugs eine höhere bzw. geringere Gebühr zu  
65 erheben.

66

67 Bereiche, in denen eine Umgestaltung vorstellbar ist, sind für uns im Gebiet der Innenstadt  
68 u.a. die Bereiche Jungfernstieg, Mönckebergstraße, Ballindamm und Lange Reihe sowie im  
69 als bezirkliche Zentren die Bereiche am Wandsbeker Markt, am Bergedorfer  
70 Weidenbaumsweg, um das Harburger Rathaus, um die Eimsbütteler Osterstraße und in den  
71 weiteren urbanen Zentren von z.B. Winterhude, Eppendorf und Barmbek.

72

73

#### 74 **Magistralen – Mehr als nur Häuserschluchten**

75

76 Die Magistralen sind heute die Hauptverbindungsachsen zwischen der Innenstadt und den  
77 bezirklichen Zentren. Gerade durch die sehr gute bestehende Verkehrsanbindung eignen sich  
78 diese zur weiteren Nachverdichtung und die Aufstockung für Wohnungsbau. Daher begrüßen  
79 wir das Magistralenkonzept der Stadt Hamburg zur Schaffung neuen Wohnraums. Bei der  
80 Nachverdichtung der Magistralen muss auch der ÖPNV gestärkt werden, um den neuen  
81 Bewohnern von Anfang an ein attraktives Angebot zu bieten und sie so zum Umsteigen zu  
82 bewegen. Dazu gehört eine Bevorzugung des ÖPNV auf der Straße, z.B. durch eigene  
83 Busspuren, die baulich von der Straße getrennt werden können.

84

85 Allgemein setzen wir uns für die Reduktion des Verkehrsflusses durch die Magistralen ein, der  
86 mit einer Neuaufteilung des Straßenraumes einhergeht. Der durch den Umbau der Magistralen  
87 freiwerdende Raum soll den Bürger\*innen als öffentlicher Raum mit hoher Lebensqualität  
88 zurückgegeben und dabei so gestaltet werden, dass der verbleibende Verkehrsraum allen  
89 Verkehrsträgern gleichberechtigt zur Verfügung steht. Neben Spuren, die für den motorisierten  
90 Individualverkehr zur Verfügung stehen, braucht es exklusive Spuren für den ÖPNV sowie  
91 Versorgungs- und Einsatzfahrzeuge und auch baulich getrennte Spuren für einen sicheren  
92 Radverkehr (Protected Bike Lanes). Ein Vorbild für die Verwandlung einer Durchgangsstraße  
93 zu einem Begegnungsraum ist für uns die die Eimsbüttler Osterstraße.

94

95 Magistralen, in denen eine Umgestaltung vorstellbar ist, sind für uns die Ost-West-Straße, die  
96 Max-Brauer-Allee, die Grindelallee, die Bergedorfer Straße oder die Wandsbeker Chaussee  
97 und des Harburger Rings, die Moorstraße, den Schloßmühlendamm.

98

99

#### 100 **ÖPNV der Zukunft – Neue Verbindungen für neue Möglichkeiten**

101

102 Eine lebenswerte Stadt, die Mobilität für alle sicherstellt, kann dies nur mit einem starken  
103 Öffentlichen Personennahverkehr leisten. Um die Attraktivität des Umstieges auf den ÖPNV zu  
104 erhöhen, fordern wir zum einen den Ausbau von Bahnhöfen und großen Busbahnhöfen zu  
105 sozialen Mobility-Hubs, die verschiedene Funktionen für die Nutzer\*innen vereinen. Wir wollen

106 die leistungsfähigen Umstiegsbahnhöfe von Durchgangsorten zu sozialen Drehscheiben  
107 weiterentwickeln, in denen Menschen nicht nur zwischen verschiedenen Verkehrsträgern  
108 umsteigen (Bus, Bahn, Auto, Fahrrad), sondern auch ihre Wocheneinkäufe erledigen, ihre  
109 Kinder zur KiTa bringen, in einem Café durchschnaufen können oder ein Buch in der  
110 Bücherhalle ausleihen.

111

112 Daneben brauchen wir einen weitergehenden Ausbau des Bus- und insbesondere Bahnnetzes.  
113 Neben den aktuellen Neubauplänen für S- und U-Bahn, müssen die Tangentialverbindungen  
114 zwischen den bezirklichen Zentren gestärkt werden. Dabei sollen verstärkt nach Möglichkeit  
115 emissionsfreie ÖPNV-Angebote wie etwa der E30 zwischen Harburg und Bergedorf geschaffen  
116 werden, bis auch diese Querverbindungen durch leistungsfähigere Transportmittel, wie  
117 beispielsweise eine Ringbahn, erschlossen werden.

118

119 Wir unterstützen deshalb die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion, längerfristig ein 365€-  
120 Ticket für alle BenutzerInnen des ÖPNV zu schaffen. Für ein solches Ticket ist eine finanzielle  
121 Unterstützung durch den Bund anzustreben. Kurzfristig sollte das Ticket für Gruppen mit  
122 niedriger finanzieller Kapazität eingeführt werden, wie Auszubildende, Studierende,  
123 RentnerInnen und SozialhilfeempfängerInnen. Wir begrüßen und unterstützen die Forderung  
124 des Landesparteitages und Peter Tschentschers für ein kostenloses Ticket für SchülerInnen  
125 und befürworten auch die Forderung nach einem 30€/Monat-Ticket für Azubis.

126

127 Umsteigezentren, in denen eine Umgestaltung vorstellbar ist, sind für uns der Hauptbahnhof  
128 und die Bahnhöfe Berliner Tor, Barmbek oder der neue Fernbahnhof Diebsteich und  
129 Querverbindungen zwischen etwa Niendorf und Eidelstedt.

130

### 131 **Begründung:**

132 Die Entwicklung einer Vision des Hamburgs der 2020er bedeutet eine Abkehr vom Leitbild der  
133 funktionalen Stadt, in der der motorisierte Individualverkehr im Vordergrund steht und in der  
134 Schlafen, Arbeiten und Gewerbe voneinander getrennt sind. Die Verkehrspolitik spielt dabei  
135 eine Schlüsselrolle, weshalb wir neben neuen Konzepten für die Stadtentwicklung und die  
136 öffentlichen Räume auch neue Mobilitätskonzepte benötigen. Bei der Erschließung neuer  
137 Stadtteile wie Oberbillwerder oder der Science City Bahrenfeld werden schon jetzt keine reinen  
138 Wohnquartiere mehr geplant, sondern Gewerbe und Naherholung mit in den Quartieren  
139 verankert. Dieses Konzept der lebendigen Quartiere wollen wir auf den Bestand übertragen.

140

141 Durch die zunehmende Abnahme des motorisierten Individualverkehrs zwischen  
142 verschiedenen Stadtfunktionen, kann der frei werdende Straßen- und Parkraum vor allem im  
143 Innenbereich für neue Nutzungen erschlossen werden. Durch diese wird die Lebensqualität  
144 einzelner Quartiere und an den Magistralen gesteigert werden. Eine gesteigerte  
145 Aufenthaltsqualität der Quartiere wirkt sich nicht nur auf die Lebensqualität der Bewohner aus,  
146 sondern bedeutet auch eine Stärkung des Einzelhandels in den betroffenen Zonen. Mit  
147 Maßnahmen der Verkehrsberuhigung und Aufwertung in der Innenstadt und den weiteren  
148 Zentren werden die Einkaufsstraßen zu einem Aufenthaltsort aufgewertet und es entsteht ein  
149 Standortvorteil des Einzelhandels gegenüber dem Online-Handel.

150

151 Heute erleben wir viel zu oft lange Verkehrsstaus, ein von S-Bahn-Ausfällen geprägtes ÖPNV-  
152 System und Fahrrad-Routen, die lebensgefährlich erscheinen. In Hamburg gibt es eine viel zu  
153 große Zahl an Verkehrstoten unter Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen zu bedauern, hinzu  
154 kommen erhebliche Probleme bei der Luftreinhaltung. Der ruhende Verkehr blockiert einen  
155 erheblichen Anteil der Freiflächen und führt zu einer Versiegelung wertvoller Flächen. Das alles  
156 resultiert in sozialen Ungerechtigkeiten. 43% der Hamburger\*innen besitzen kein Auto und  
157 müssen zu oft im Stau im Bus festsitzen. Menschen, die auf günstigen Wohnraum angewiesen  
158 sind, finden diesen oft nur an lauten und luftverschmutzten Straßen. Viele innerstädtische

159 Plätze sind zu Parkplätzen degradiert und gleichen eher Betonwüsten als Orten, an denen  
160 Menschen verweilen möchten.

161

162 Es gibt zahllose Beispiele aus dem In- und Ausland, dass ein ambitionierter Stadtumbau zu  
163 einer nachhaltigen, sozial-gerechten und wirtschaftsstarken Stadt führt. Im italienischen  
164 Pontevedra führte die Einführung einer autofreien Innenstadt nicht nur zu einer Reduktion der  
165 Emissionen um 70%, sondern auch zu einem boomenden Einzelhandel im Innenstadtbereich.  
166 Die Verzahnung von Rad- und ÖPNV-Verkehr in Freiburg-Vauban zeigt, dass eine intelligente  
167 Verkehrspolitik nicht nur ökologisch, sondern auch sozial gestaltet werden kann. Und auch die  
168 Städte Amsterdam und Kopenhagen zeigen, dass mit einer langfristigen Stadtentwicklung viel  
169 mehr Verkehr auf das Rad umgelegt und gleichzeitig die Lebensqualität gesteigert wird.

170

171 An diesen Beispielen wird deutlich, dass unsere Vision des Hamburgs der 2020er die Belange  
172 des Sozialen, Ökologischen und Ökonomischen gleichberechtigt miteinander vereint. Während  
173 es ein Wesenskern sozialdemokratischer Politik ist, einen Ausgleich zwischen der  
174 wirtschaftlichen Entwicklung und den sozialen Erfordernissen zu erzielen, besteht aber bei der  
175 Umsetzung der ökologischen Dimension Handlungsbedarf. Deshalb muss hier unsere  
176 Stadtentwicklungspolitik durch Zielsetzungen ergänzt werden, die dazu führen, dass unnötige  
177 Wege vermieden, die CO<sub>2</sub>- und Stickoxid-Emissionen auf Netto-Null gesenkt und die  
178 Umweltkosten sozial gerecht verteilt werden.

179

180 Die Umsetzung unserer Vision des Hamburgs der 2020er bedeutet jedoch eine sehr  
181 umfangreiche und tiefgreifende Veränderung der Stadt, die nicht ausschließlich vom grünen  
182 Tisch aus geplant werden darf. Deshalb muss die Erarbeitung solch eines Leitbildes durch  
183 konkrete Pilotprojekte in der Praxis flankiert und begleitet werden. Kern sollen die bereits  
184 geplanten Pilotprojekte zur Schaffung autoarmer Straßenzüge am Ottenser Markt in Altona und  
185 am Rathausmarkt in Mitte sein. Diese sollen durch weitere Pilotprojekte ergänzt werden, die  
186 u.a. dem Ziel folgen den Charakter der Straßenzüge hin zu Begegnungsräumen und Einkaufs-  
187 und Flanierstraßen umzuwandeln. Hierfür sind eine Bandbreite an Maßnahmen denkbar, wie  
188 die Förderung von Außengastronomie, smartere Überwachung des ruhenden Verkehrs oder  
189 bauliche Maßnahmen.

190


191 Mit Parkraumbewirtschaftung schaffen wir es, Autofahrer entsprechend der durch ihren  
192 Verkehrsträger verursachten Kosten an der Finanzierung des Verkehrssystems zu beteiligen  
193 und unsere Stadt lebenswerter zu machen.

194 Es gibt kein Grundrecht auf kostenfreies Parken. Parkplätze verbrauchen öffentlichen  
195 städtischen Raum, der allen Bürgern gehört. Die Einrichtung eines Parkplatzes kostet eine  
196 Stadt laut Agora Verkehrswende mehrere hundert Euro und der Erhalt pro Jahr im Durchschnitt  
197 ca. 360 €, bei Einbeziehung von allgemeinen Verwaltungs- und Kosten für öffentliche Sicherheit  
198 sogar 220 €. Ein Parkplatz nimmt im Durchschnitt ca. 12 qm ein und verbraucht damit ca. 19-mal  
199 so viel Platz wie ein Fahrrad. Die Durchschnittsmiete in Hamburg beträgt derweil pro qm über  
200 12 € kalt. Insgesamt ist ein „kostenfreier“ Parkplatz im Wohngebiet also überhaupt nicht  
201 kostenlos, sondern ein min. 300 € / Jahr teures Geschenk aller Bürger Hamburg an die  
202 Autofahrer. Hinzu kommen nach die nicht bezifferbaren Kosten durch schädliche Folgen von  
203 Abgasen und Unfällen für Klima, Gesundheit und Leben. Das stellt in den meisten Fällen eine  
204 Förderung von Reicherem da: fast die Hälfte der Haushalte mit niedrigem Einkommen in  
205 Deutschland lebt ohne Auto, bei hohem Einkommen liegt dieser Anteil nur bei 8 %.

206 International wird Parken schon längst entsprechend seiner wirklichen Kosten behandelt und  
207 ist kostenpflichtig: In Wien kosten die "Parkpickerl" für Anwohner der inneren Bezirke  
208 mittlerweile 120 Euro pro Jahr, zuzüglich Bearbeitungsgebühren von 50 Euro. Anwohnerparken  
209 kostet in Stockholm 827 Euro, in Kopenhagen 535 Euro, in Zürich 300 Franken. In japanischen  
210 Städten ist Parken am Straßenrand grundsätzlich verboten.

211

212



213 Laut der neuen Studie der FES für Hamburg sehen 45 Prozent der Befragten und damit die  
214 höchste Zahl der Befragten im Bereich ÖPNV niedrigere Ticketpreise als wichtigste notwendige  
215 Verbesserung. Die Bundestagsfraktion unterstützt die Forderung nach dem 365 € Ticket und  
216 könnte auch zur Unterstützung der Finanzierung in die Pflicht genommen werden. Als SPD sind  
217 wir mehr als andere Parteien darauf angewiesen, alternative Verkehrsträger nicht nur für  
218 Menschen, die im innenstadtnahen Bereich wohnen, sondern auch aus Kostengründen weiter  
219 außerhalb wohnen, anzubieten. Das kann nur der ÖPNV leisten. Mobilität ermöglicht  
220 gesellschaftliche Teilhabe und muss daher für alle gut finanzierbar sein. Nicht zuletzt schaffen  
221 wir so einen Anreiz, klimafreundlich mobil zu sein.

1 **Antragstitel**

2  
3  
4  
5  
6  
7

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Landesparteitag beschließen

8  
9  
10  
11  
12

**Forderung:**

Wir fordern die SPD Hamburg dazu auf die Bußgelder für weggeworfene Zigaretten und Kaugummis deutlich zu erhöhen und mehr Personal für Kontrollen einzustellen.

13  
14  
15

Außerdem sollen eine Kampagne und Hinweisschilder an öffentlichen Plätzen und Bahnhöfen über die neuen Bußgelder informieren.

16  
17  
18  
19  
20  
21

**Begründung:**

5,6 Billionen Zigaretten werden jedes Jahr weltweit geraucht, 4,5 Billionen davon werden achtlos weggeworfen. Es fehlt bei den meisten Verbraucher\*innen an Verantwortungsbewusstsein für den erzeugten Müll.

22  
23  
24  
25  
26

Dabei verseucht nur eine weggeworfene Zigarette etwa 40 Liter Wasser. Aufgrund der Größe lassen sich Zigarettenkippen nicht komplett von der Stadtreinigung beseitigen.

Viele Städte und Länder haben die Bußgelder aus diesen Gründen deshalb deutlich erhöht und schrecken damit Umweltsünder ab.

27  
28  
29  
30  
31  
32

Die Stadt Hamburg hat ein gutes Netz an Mülleimer in der Stadt. Trotzdem landen Zigarettenkippen auf dem Boden, oft sogar direkt neben den Mülleimern. Es besteht demnach in unserer Stadt die Notwendigkeit für härtere Maßnahmen, um dem Problem gerecht zu werden.

33  
34  
35  
36  
37

Durch den enthaltenen Kunststoff beginnen Kaugummis erst nach etwa fünf Jahren langsam zu verrotten. Aus diesem Grund stellen angetrocknete Kaugummi-Placken für die Straßenreinigung ein echtes Problem dar. Dieser sogenannte "Extremschmutz" kann nur mit hohem Aufwand und enormen Kosten wieder entfernt werden.

38  
39

Diese Kosten sollten nicht bei der Stadt hängen bleiben, sondern von den Verursachern zurückgeholt werden.

1 **Transparenz über Mitgliederentwicklung**

2

3

4 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den SPD  
5 Landesvorstand beschlossen:

6

7

8 **Forderung:**

9 Die SPD Landesorganisation Hamburg wird aufgefordert der Landesdelegiertenkonferenz der  
10 Jusos Hamburg zum Januar eines jeden Jahres eine Übersicht über die Mitgliedszahlen der  
11 Jusos Hamburg zukommen zu lassen. Die Übersicht soll nach Juso-Gruppen und Geschlecht  
12 aufgegliedert sein.

13

14 **Begründung:**

15

16 Erfolgt mündlich.